Die heutige Ausgabe umfaßt 6 Seiten. Einzelpreis 40 Pfennig.

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Vierteljährlich M. 10.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647. Geschäftszeit 8—4 Uhr, Samstag 8—12 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen brutto M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50, Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pf. — Schriftleitung: Schellingstraße 41/I. Fernruf 20 647. Drahtanschrift: Beobachter, München. Sprechstunde des Hauptschriftleiters 10—12 Uhr, der verantwortl. Schriftleitung 2—4 Uhr nachmittags.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Ausgabe 29 | München, den 14. April 1921 | 35. Jahrgang

England und die Weltrevolution? — Minister a. D. Auer gegen Nationalsozialisten Drexler
Kuhhandel der deutschen Regierung — Radau-Antisemitismus?

Eine antisemitische Internationale?

Von Alfred Rosenberg.

Verschiedentlich wird zur Abwehr der jüdischen internationalen Organisationen der Gedanke einer antisemitischen Internationale erwogen. Die Führer der einzelnen völkischen Gruppen sollen sich zu einem „Großen Rat“ vereinigen, von der aus alle Maßnahmen einheitlich geleitet werden. Dieser scheinbar sehr verlockende Gedanke ist in dieser Form abzulehnen.

Es ist natürlich, daß die Antisemiten Frankreichs, Englands, Deutschlands engere Fühlung miteinander suchen, doch nie und nimmer dürfen wir das Schwergewicht auf eine immer wie geartete internationnale Organisation richten. Die Judenplage wird entweder in jedem Volke von innen heraus, auf Grund einer geschlossenen und abgeschlossenen völkischen Maßnahme abgeworfen werden, oder durch Eingriff von außen. Der erste Fall würde die Lebenskraft des Volkes beweisen, der zweite — Mangel an Charakter.

Ausländische Verbindungen dürfen für uns nur Hilfsmaßnahmen sein, nie ein Faktor, den wir in unsere Rechnung setzen. Wir haben den Gedanken an uns oder wir haben ihn nicht. Hoffnungen auf französische Antisemiten machen heißt: den alten unseligen Glauben ans Ausland wieder beleben und es bleibt sich letzten Endes gleich, ob der deutsche Arbeiter an Monsieur Blum oder Monsieur Longuet glaubt oder der deutsche Antisemit an die Herren von der „Vieille France“.

Bei Beurteilung jeder Anschauung kommt es darauf an, zu ermitteln, wo ihr Schwergewicht ruht. Diese Richtung bestimmt schließlich auch Mittel und Endziel einer geistigen Bewegung. Der Antisemitismus als die negative Seite des Wiederaufbaues des deutschen Hauses (gleichsam das Wegräumen eines Schutthaufens) kann nur aus dem einzig und allein organischen Volkstum kommen, und muß in seinen Maßnahmen und in seinen zu erstrebenden Resultaten ebenfalls nur auf die Interessen des Deutschtums gestimmt sein.

Des Juden Macht hat von jeher auf einer Täuschung beruht. Im Dunkel der Geheimgesellschaften, als Pseudonym in der Presse und Literatur, als ungesehener Herr im Bankhause, als unbekannter Besitzer aller Telegraphenbureaus und als ebenso unbekannter Gläubiger der Regierungen, dauerte seine Macht genau so lange, als der Glaube des ausgebeuteten Volkes an seine Lügenfassaden vorhanden war, oder bis er (unersättlich von Natur) sein Antlitz gar zu offenkundig hervorwagte. Einmal erkannt, hat noch jedes Volk den dummschlauen Eindringling mit einer Handbewegung beseitigt. In wenigen Tagen schiffte einst König Manuel von Portugal seine Juden aus, Ferdinand von Spanien setzte in kurzer Zeit 300 000 Hebräer außer Landes, Philipp der Schöne von Frankreich tat das gleiche, die größeren Städte Deutschlands ähnlich. Es ist für den Arier charakteristisch, unbesorgt am Rande eines Abgrundes dahinzuwandeln. Er guckt oft in die Wolken und läßt sich unterdes die Taschen leeren. Doch wenn schließlich der gierige Wucherer nach der Blume in der Hand greift, da kommt ein Erwachen über den arglosen Wanderer, ein Erkennen und eine Abrechnung (Drumont).

Der Jude ist uns in jeder Beziehung weit unterlegen, er zehrt an unserer Großmütigkeit, wie der Epheu sich mit tausend Wurzeln an der Eiche ansaugt. Eine energische Operation wird sich auch in unserer Zeit mit Naturnotwendigkeit ergeben. Es gilt nur auch weiterschauen, nur eine unpersönliche Schranke zu schaffen, die den Parasiten hindert, nochmals Wurzel fassen zu können.

Selbstvertrauen, Glaube an sich, rücksichtsloser Wahrheitssinn und Bekennermut. Das sind die Eckpfeiler unseres Kampfes. Ausgangspunkt und Ziel ist das deutsche Volkstum. Alles andere ist Hilfsmittel und darf nie die Richtung unseres Tuns bestimmen.

Politik

Ludendorff im feindlichen Urteil.

Der Marschall Foch, der die „Eroberung“ der Rheinlande hauptsächlich Erzberger verdankt, erlaubte sich vor kurzem in einem Interview des „Intransigeant“ folgendes Urteil über Ludendorff:

„... Ein ausgezeichneter Generalstabsoffizier, nicht mehr und nicht weniger, der sein Handwerk von Grund auf versteht. Als begeisterter Anhänger der Ideen Friedrichs des Großen ist er wahrhaft überragend, was die Handhabung der verwickelten Heeresorganisation betrifft, dagegen versteht er aber auch gar nichts von der wirklichen Natur eines solchen Volkskrieges, der die höchsten Interessen, ja selbst das Bestehen der Völker aufs Spiel setzt und bei dem gerade die sittlichen Kräfte die erste Rolle spielen.“ !!

Der General Buat, der Generalstabschef Fochs, also dessen rechte Hand, urteilt über Ludendorff folgendermaßen:

„Immer wieder rettete Ludendorff sein Vaterland. Wenn Deutschland schließlich doch zusammenbrach, so geschah das einfach deshalb, weil es seine Ratschläge in den Wind schlug. Weil Deutschland unüberwindlich war, so ist die Tatsache seiner Niederlage darauf zurückzuführen, daß verschiedene seiner Führer ihre Pflichten gegen ihr Land nicht erfüllten. Die deutsche Armee verdient diese Brandmarkung jedoch auf keinen Fall. Die Heimat ist Schuld und jene, die die Regierung inne hatten. Wenn die regierenden Kreise unfähig waren, das Volk moralisch gesund zu erhalten, so deshalb, weil sie den Sieg nicht wollten.“ !!!

Revolution in England?

Die Nachrichten aus England berichten ständig eine Verschärfung der Bergarbeiterkrisis. Nur wer die Geschichte der sozialen Entwicklung Englands nicht kennt, dem wird der Ausgang dieser Kämpfe zweifelhaft sein. Die englische Herrscherkaste, in der die brutale Rücksichtslosigkeit des Seeräubertums lebt, ist die einzige Menschenklasse auf der Welt, die mit ihrer sprichwörtlichen Heuchelei, ihrem nackten Materialismus im Grunde vielleicht noch jüdischer ist als der Jude selbst, die jedenfalls aber die Zersetzung seines Staatswesens durch den Juden damit zu verhindern verstand. In England ist der Jude Helfer, im schlimmeren Sinn natürlich, aber im Zaum gehalten. In England reicht die aus der britischen Weltherrschaft Nutzen ziehende Schicht bis tief in den Mittelstand, ja bis in Teile der Arbeiterschicht. Die Masse der Entrechteten, der sozial Verwahrlosten, ist und bleibt in England eine zahlenmäßig unvergleichlich stärkere als in jedem anderen Land. Diese Klasse wird — wie in den bekannten Chartistenaufständen — mit Geschütz und Gewehr rücksichtslos niedergehalten werden. Marx hat zwar 1848 schon folgendes prophezeit: „Die Weltrevolution, sie beginnt erst in dem Augenblick, wo durch den Weltkrieg das Proletariat an die Spitze des Volkes getrieben wird, das den Weltmarkt beherrscht, an die Spitze England. Die Revolution, die hier nicht ihr Ende, sondern ihren organisatorischen Anfang findet, ist keine kurzatmige Revolution! Aber wie andere geschichtlichen Prophezeiungen des Juden Marx, so wird auch diese Seifenblase platzen. Hoffnungen auf die englische Revolution würden grausam enttäuscht werden. —

Die Judenpresse und die Reparationen.

Die gesamte bürgerliche und nichtbürgerliche Judenpresse Deutschlands betreibt seit kurzem mit besonderem Eifer die Wiederaufnahme der in London angeblich abgebrochenen Verhandlungen. Um eine Vorstellung von dem dabei angewendeten, mit Biedermannsmiene vorgebrachten Phrasenschwall zu geben, bringen wir nachstehend Auszüge nach dem Pressebericht des Auswärtigen Amtes, das diese Pressestimmen natürlich als Rückendeckung begierig aufgreift:

„Berl. Volks-Ztg.“ 167 fragt, ob die Äußerung betr. Reparation ein Erwachen aus einer bedenklichen Lethargie bedeute. Nichts erschiene bei der überaus kritischen Lage für die deutsche auswärtige Politik so notwendig als äußerste Aktivität. Not täte die detaillierte Ausarbeitung eines neuen deutschen Vorschlages und eine vorsichtige, aber zielbewußte Fühlungnahme zur Entente herüber. In der Wilhelmstraße seien auch in der Aera der demokratischen Republik weltfremde Geheimratsmaschinen noch nicht durch Menschen von Fleisch und Blut mit Blicken, die über die deutschen Grenzen hinausreichen, ersetzt worden. Bernhard spricht in Voß. 166 von der ernsten Situation, in der man dem deutschen Volke nicht weiter vorenthalten dürfte, wie es dauernd in die Irre geführt wird, und übt dabei Kritik am A. A., das nach wie vor kein Werkzeug eines einheitlichen Willens und keine Konzentration von Kräften um den Außenminister herum darstelle. Simons müsse u. a. dafür sorgen, daß er nicht von der Außenwelt abgeschnürt werde, und daß seine Intentionen unzweideutig durch die Presse ans Volk gelangen. Der Jude Steinborn weist im Leitartikel der „Berliner Börsen-Ztg.“ 165 auf die Notwendigkeit einer psychologischen und politischen Behandlung der Reparationsfrage hin. Es müsse alles daran gesetzt werden, daß die kommende Situation richtiger eingeschätzt wird. Vor allem müßten die deutschen Gegenvorschläge in ihrer Haupttendenz vorher zur Erörterung gestellt werden, damit man rechtzeitig aus der Aufnahme, die sie fanden, die angemessenen Schlüsse ziehen könne. Es sei geradezu ein Verhängnis, wie wir uns selber immer im Lichte stehen, und wie wenig die Regierung sich des eigenen Volkes als eines starken Helfers im schweren Kampf um Deutschlands Zukunft zu bedienen weiß.

Zur gleichen Zeit betonte Simons in der Schweiz seinen „entschiedenen Willen innerhalb der Grenzen des Möglichen zur Wiederherstellung beizutragen“. Er spricht die Ansicht aus, „daß die deutsche Regierung wohl demnächst Gelegenheit haben werde, ihren guten Willen zu beweisen“! Der frühere Außenminister Köster, ein anerkannter Dilettant, aber fährt, angeblich nur zu privaten Zwecken, nach London!

Sozialdemokrat gegen Nationalsozialisten

„Der Minister a. D., Abg. E. Auer, klagte gegen Werkzeugschlosser A. Drexler wegen des Artikels „Sozialdemokratie und Judentum“ in Nr. 110 (1920) des „Völk. Beob.“.

Die Klage gegen Werkzeugschlosser Drexler und Hauptschriftleiter Machhaus wurde am 21. März 1921, kostenfällig abgewiesen.“

„Infolge des Zusammenbruchs aller mit Deutschland verbündeten Staaten, und durch den Zusammenbruch des militärischen Geistes, der den Krieg verschuldet hat, ist Deutschland trotz der ungeheuren Opfer seines Volkes in die schwerste Notlage versetzt. Das deutsche Volk weiß sich eins mit allen Völkern Europas in dem Willen, die Zukunft der Welt durch einen allgemeinen Bund des Rechtes und der Freiheit sicherzustellen, und sieht der Erfüllung des vom Präsidenten der nordamerikanischen Union verkündeten Weltfriedens mit Vertrauen entgegen.“ So lautete die Entschließung, mit der am 7. November 1918, nachmittags, neben Simons, Unterleitner und Eisner, auch der Mehrheitssozialdemokrat E. Auer auf der Theresienwiese seine Revolutionsrede begann. Furchtbarer ist ein Volk noch nie getäuscht worden, als das deutsche Volk von diesen Revolutionsrednern und mit diesen Resolutionen. Diese Herren faselten von einem „neuen, aufbauenden, politischen und sozialkulturellen Geist“, vom „öden Mammonskultus des kapitalistisch-imperialistischen Zeitalters“, von Überwindung des kapitalistischen Denkens und Handelns usw. Was ist erreicht? Daß das schaffende deutsche Volk, Arbeitgeber und Arbeitnehmer heute bedingungslos dem westlichen, maßlos imperialistischen Kapitalismus ausgeliefert ist, das sieht seit den Pariser Sanktionen, gegen die auch der neue Weltschiedsrichter Harding im Grunde nicht das geringste eingewendet hat, jedes Kind. Die Bankhäuser Rothschild-Frankfurt, Rothschild-Paris, Rothschild-London, Warburg-Hamburg, Warburg-Newyork, Warburg-Paris, sind im Zuge, die Ententisierung der deutschen Wirtschaft zu besorgen. Und innenpolitisch? Wilhelms II. Repräsentationsrolle hat zwar der Reichstagsabgeordnete Ebert übernommen. Daß aber der Drahtzieher Deutschlands sein Freund und Tischherr sei, der in asiatischem Luxus auf Schloß Schwanenwerder bei Berlin hausende, jüdische Proletarier Dr. Helphand, genannt Parvus, das bestreitet im Ernst heute niemand. Das alte Regime (Bethmann!) war sicher von einer an Geisteskrankheit streifenden Unfähigkeit. Aber solche stinkenden Panamaskandale, wie die von einer hurtigen Regie längst in den Hintergrund geschobenen Geldgeschäfte der Katz, Kahn, Cohen, Konsul Simon, Sklarz, wären undenkbar gewesen, ihre restlose, schleunige Klärung in breitester Öffentlichkeit wäre in jedem Fall in Angriff genommen worden. Wahrhaftig, diese jüdische Schmach der neudeutschen Verhältnisse züchtet die Reaktion: die bürgerlichen Geschäftspolitiker, die demokratischen Spießbürger, deren Hände zu kraftlos, deren Blick nicht scharf genug gewesen, um das Reichsschiff durch den Weltensturm durchzusteuern, klopfen heute mit gewisser Befriedigung an ihre Pharisäerbrust und langen wieder nach dem Steuer. Das Ende ist — Versumpfung! —

Sabotage von Krieg und Frieden, das ist der traurige Ruhmestitel der Mehrheitssozialdemokratie vor allem! Was Wunder, daß die Herren Parteibonzen Kritik aus Volksmunde so schmerzhaft empfinden, als wenn ihnen Pfeffer in die Wunde gestreut würde.

Der Nationalsozialist A. Drexler hatte sich in unserem Blatt auf das schärfste gegen E. Auer als typischen Vertreter jener oben gebrandmarkten Führerschicht gewendet und Auers zweideutige Haltung zur Judenfrage, der schlechthin nationalen Frage Deutschlands gebrandmarkt. Auer tauge längst nicht mehr zu dem, was die Mehrheitssozialdemokratie unter „Massenkampf“ verstehe, weil er selbst in die Reihe der nach seiner Ansicht zu Bekämpfenden eingetreten sei. „Auer, ein Mann, den die Wogen des rücksichtslosen Massenkampfes emporgetragen haben, der seit Jahrzehnten die Neidinstinkte der Massen hochpeitschte, um dann die Massen nach erreichter Herrschaft und ohne dem wirklich schädlichen Kapitalismus an den Leib gerückt zu sein, in Stumpfsinn wieder verebben zu lassen, darf uns nicht eine Eigenschaft vorwerfen (Auer sagte den Nationalsozialisten „gesellschaftliche Engherzigkeit“, „wirtschaftlichen Neid“ usw. nach), die er selbst in reichstem Maße pflanzte, wenigstens nach außen, und die ihm selbst zu Würden, Vermögen und Ansehen gebracht hat. Derjenige, der sich eine gute wirtschaftliche Position auf ehrliche Weise erarbeitet hat, wird von uns niemals mit Neid verfolgt. Diejenigen aber, die von der Arbeit anderer leben, die den ehrlich Schaffenden ausbeuten, die von Wucherzinsen schmarotzen,

und auch diejenigen Volksführer, denen die Politik nur zum eigenen Aufstieg und zur persönlichen Bereicherung diente, und die nur ihr „Ich kannten, die Jünger des Erzbergerismus" aus der Gesellschaft auszustoßen, ob Jude oder Christ, ist nicht nur unser gutes Recht, sondern Pflicht unseren verratenen Volksgenossen gegenüber." Minister a. D. Landtagsabgeordneter und Aufsichtsrat E. Auer konnte vor Gericht nicht entkräften, daß Drexler, dem auch der verbissenste Parteigänger der Mehrheitssozialdemokratie den Ehrennamen eines Mannes aus dem Volk nicht versagen kann, zu rückhaltlosem Bekenntnis seiner vernichtenden Urteile voll und ganz berechtigt sei. Wenn egoistische Motive Auer nicht nachgewiesen werden können, dann jedenfalls eine für einen verantwortlichen Volksführer völlig unerklärliche Blindheit gegenüber offen daliegenden Tatsachen! Auers Klage wurde abgewiesen. Sämtliche Kosten wurden ihm aufgebürdet. Der Stein, der dem tönernen Koloß sozialdemokratischen Parteibonzentums die Füße zerschmettern wird, ist ins Rollen gekommen! —

Aus der Zeit

Französische Wünsche.

Die „Wiedergutmachungskommission" arbeitet, gekräftigt durch die von der deutschen Regierung gewährten fetten Zulagen, unverdrossen weiter.

Die Listenforderungen der Entente zur Wiederherstellung des Wildbestandes der zerstörten Gebiete an lebendem Wild betragen: 120 Hirsche, 63 000 Rehe, 690 000 Hasen, 195 000 Fasanen, 75 000 Fasaneneier und 6 Millionen Rebhühner. Zur Zeit wird in Paris über die Durchführung und Ablieferung und über die Frage der Möglichkeit solcher Ablieferungen überhaupt verhandelt.

Der Bruch mit Deutschland

Im höchsten Grade fesselnd ist das Geseires, das die „Jewish Chronicle" (Jüdische Chronik, London) in der zweiten Märznummer ausstößt darüber, daß die Londoner Konferenz in die Binsen gegangen ist. Das Blatt schreibt:

„Jeder warme Freund Englands und der Menschheit überhaupt, muß den Zusammenbruch der Konferenz bedauern. Ob Deutschland zur Zahlung der von ihm als Wiedergutmachung geforderten Summe imstande ist, oder was noch wichtiger ist, ob die Zahlung einer solch riesigen Summe seitens Deutschlands von den Entschädigten ohne wirtschaftlichen Ruin angenommen werden kann, das sind beides nebensächliche Fragen gegenüber der Tatsache, daß das Ende der Konferenz den vollständigen Bankerott europäischer Staatskunst bedeutete und die Rückkehr zur Macht und Kraftentfaltung bedingte. Dabei ist es ganz gleich, ob das ungesetzmäßig war, — wie es die Deutschen behaupten — oder ob die Besetzungserweiterung gesetzmäßig war, wie die Alliierten sagen. Jedenfalls ist es ein furchtbares Unglück für die ganze Welt. Auch können wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß das weitere Vorrücken in deutsches Gebiet dem chauvinistischem Ehrgeiz entspricht, den Frankreich nährt. Es bringt den Geist der Rache zur Auswirkung, der die Franzosen dauernd seit dem Waffenstillstand geleitet hat und der den Frieden zu einem unheil gemacht hat, das dem Kriege kaum nachsteht. Den wahren Ernst der Lage drückt der Gedanke: „Was nun?" am ersten aus. Denn die durch die Alliierten ergriffenen Maßnahmen können zur Wohlfahrt Deutschlands nicht beitragen, und nur durch seine Wohlfahrt und Wohlbefinden kann es wiedergutmachen, oder vielmehr kann die Wohlfahrt und das Wohlbefinden Europas gesichert werden. Es steht zu befürchten, daß die Entscheidung vom 7. ds., die Fortsetzung einer Art von Krieg bedeutet, und weiter irgendwelche Art richtigen Friedens immer weiter hinausschiebt."

So sieht er aus! Schrieb Theodor Wolff nicht so während des Krieges im „Berliner Tageblatt", in deutscher Sprache im deutschen Berlin geschrieben und gedruckt? Ob „Yankee", ob „Brite", oder „Welschchauvinist"— — der Jud bleibt ein Jud, gleichwo er auch ist! Als psychologische Urkunde ist dies Klagelied der Londoner Juden sehr gut. —

Armes Frankreich

Bekanntlich sind von der französischen Besatzungsbehörde beim Turnunterricht in den Schulen alle Übungen, die nur im entferntesten Ähnlichkeit mit militärischem Drill haben, verboten worden. Ein Protest des Reichskommissars gegen das Verbot der Anwendung von Kommandos beim Turnunterricht ist vor einiger Zeit von der Interalliierten Rheinlandkommission zurückgewiesen worden. Die Angst der Franzosen vor „militärischen Übungen" der deutschen Jugend nimmt ständig groteskere Formen an. So unternahm kürzlich ein Mädchenpensionat in Dürkheim in der Pfalz einen Ausflug, wobei die Mädchen in Reihen geordnet gingen. Der französische Delegierte, der davon erfuhr, erblickte darin eine militärische Übung und hat der Vorsteherin des Mädchenpensionats für die Zukunft diesen „groben Unfug" streng untersagt. — Dieser Nachricht vermögen wir wirklich nichts mehr hinzuzufügen.

Neues aus der Tschechoslowakei

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

Prag, 8. April 1921.

Die große Metallarbeiteraussperrung in Nord- und Westböhmen, die von Eger bis Bodenbach reichte, hat nunmehr nach harten Kämpfen ihren Abschluß auf dem Wege eines Kompromisses gefunden. Die Unternehmer anerkennen den Kollektivvertrag, bezahlen drei von den ausgesperrten Tagen und sehen von jeder Maßregelung ab, die Arbeiter verzichten auf Lohnerhöhungen, wie einmalige Zuwendungen. Das Kompromiß war vor allem das Werk des sozialdemokratischen Abg. Kaufmann, des Führers der sozialdemokratischen Metallarbeiterorganisation. Die deutschen Kommunisten waren bestrebt, aus der Aussperrung eine revolutionäre Bewegung zu machen, sie forderte den Generalstreik und die gewaltsame Besetzung der Betriebe. Da die Aussperrung mit der kommunistischen Bewegung in Mitteldeutschland zeitlich zusammenfiel, waren unsere hiesigen Kommunisten bestrebt, den Ausstand im deutschen Industriegebiet von Böhmen an die reichsdeutsche Bewegung anzukoppeln. Sie behaupteten, die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hätten mit den Unternehmern gepakelt, hätten die Arbeiterinteressen verraten und seien von den Unternehmern bestochen. Die Rechtssozialisten beantworteten diese Kampagne damit, daß sie die Kampfesweise der Kommunisten als eine „gelbe" niedriger zu hängen versuchten. In Aussig, Brüx, Teplitz und Komotau beriefen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer große Versammlungen ein, um vor der Arbeiterschaft Rechenschaft zu legen. Die Kommunisten sandten ihren Anhang und ihre Redner in diese Versammlungen und bereiteten den Rechtssozialisten in Teplitz, Komotau und Aussig vernichtende Niederlagen, es wurden Resolutionen angenommen, in denen die Gewerkschaftsführer des Arbeiterverrates geziehen werden und diese Resolutionen wurden mit allen Stimmen gegen die Gewerkschaftsbeamten angenommen. Allerdings erklären die Kommunisten nicht, wie es in der Zeit der Krise möglich sein soll, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Die Rechtssozialisten ernten heute die Früchte des demagogischen Samens, den sie selbst gestreut haben. Der Kampf zwischen Rechtssozialisten und Kommunisten ist ein Ringen um die Seele der Arbeiterschaft. Diese marxistisch präparierte Seele reagiert nun nicht auf Argumente der Vernunft, sondern nur auf das radikale Schlagwort. So ist es begreiflich, daß die kommunistische Bewegung von Tag zu Tag mehr an Boden gewinnt.

Ähnlich erfolgreich tritt die tschechische Nationalkirche auf, die ganz im Stile der Calixtiner und Hussiten, der römisch-katholischen Kirche bereits gewaltsam über 100 Kirchen weggenommen hat. In Olmütz soll ein Bistum der neuen Kirche errichtet werden. Die Verhandlungen über eine Vereinigung der tschechischen Nationalkirche mit der serbisch-orthodoxen haben sich zerschlagen, da letztere die freireligiöse Entwicklung nicht zulassen will. Die Weihe des neuen Bischofs wird der neue polnische altkatholische Bischof vornehmen.

Daß der tschechische Staat nur nach außen hin eine demokratische Fassade trägt, nach innen aber schaurigen Katakomben gleicht, in die kein Sonnenstrahl ausgleichender Gerechtigkeit, kein Lufthauch der Freiheit dringt, ist hier zulande allgemein bekannt. Es wird daher die tschechische Demokratie nicht anders als unter Gänsefüßchen qualifiziert. Die Immunität der Volksvertreter ist wesentlich mit dem Parlamentarismus verknüpft. Tastet man die Immunität an, so versetzt man dem parlamentarischen Regime den Todesstoß. In Erkenntnis dessen hat der Immunitätsausschuß des Senates die Auslieferung der Senatoren Franz Jesser und Hartl abgelehnt, das Plenum des Senates war jedoch anderer Ansicht und verlangt die Auslieferung. Dagegen hat der Immunitätsausschuß des Abgeordnetenhauses sogleich die Auslieferung des Abgeordneten Lehnert beschlossen, der zum Mieterstreit aufgefordert haben soll. Das Plenum des Abgeordnetenhauses hat noch keinen Beschluß gefaßt. Man kann aber schon heute mit der Auslieferung der drei Parlamentarier rechnen. Charakteristisch ist nun, daß die Auslieferung eines tschechischen Abgeordneten, dem Kriegswucher vorgeworfen wird, abgelehnt wurde. Jesser soll dagegen ausgeliefert werden, weil er gesagt hatte, die Deutschen müssen es so machen wie die Tschechen und den Grundsatz svuj svemu (jeder zu den seinen) ebenfalls befolgen, also man darf sich in dieser freien Republik nicht einmal mehr die Tschechen zum Vorbilde nehmen, sie fürchten, daß die Deutschen die Tschechen, auch was deren Verhalten während des Krieges und dem österreichischen Staate gegenüber anbelangt, zum Vorbilde nehmen könnten. Sie fürchten für ihre Zukunft das Beispiel ihrer Vergangenheit!

Werft gelesene „Beobachter" nicht fort,
sondern gebt sie zum Lesen weiter!

Ein Rätestaat auf nationaler Grundlage

II.

Der zweite Teil des Buches beginnt mit einer kritischen Betrachtung der Gegenwart.

Aus dem Weltkrieg war nur ein Volk als Sieger hervorgegangen: das jüdische. Vermöge der in den Neuyorker, Londoner und Pariser Großbanken zusammengezogenen Kapitalmacht, vermöge der Presse und seiner Führerstellung in der Freimaurerei hatte das Judentum schon vor dem Kriege die westmächtlichen Regierungen sozusagen in der Tasche; die französischen, englischen, italienischen und amerikanischen „Staatsmänner" waren — und sind heute noch nichts anderes — als die besoldeten Geschäftsführer der alljüdischen Weltfirma. Wer nicht parieren will, muß einem brauchbaren Mann Platz machen.

Nach der Revolution war es auch in Deutschland so geworden. An die Stelle unseres ruhmreichen Feldheeres war eine von jüdischem Sold lebende rote Armee getreten, die auf die eigenen deutschen Volksgenossen mit Maschinengewehren schoß, mordete und plünderte. Durch die Kriegsgesellschaften und die von ihnen gehandhabte Zwangswirtschaft war der größte Teil des deutschen Volksvermögens in jüdische Hände übergegangen. Um die Not und die Zermürbung des Volkes zu vergrößern, wurden alle Rohstoffe, die noch vorhanden waren, selbst Lebensmittel, vor allem aber auch die staatlichen Wertpapiere, durch das Loch im Westen ins Ausland geschafft. Die Regierungen aller deutschen Bundesstaaten, namentlich die Reichsregierung selbst, waren aus Juden und Judengenossen zusammengesetzt. Sie und die ihnen ergebene Presse betrachten es als ihre erste Aufgabe, der Welt zu beweisen, daß das deutsche Volk die alleinige Schuld am Kriege hatte. (Vgl. die Erklärungen Eisners und der anderen Revolutionsregierungen.) Dadurch sollte nach bewährter Taktik die Schuld vom Täter auf den Geschädigten abgewälzt und den verbündeten Drahtziehern in Paris und London die Waffe in die Hand gedrückt werden, um durch einen vernichtenden Friedensvertrag Deutschland vollends zur Strecke zu bringen. Die Krone der Revolution aber bildete die Weimarer Verfassung, ein mit teuflischem Geschick ausgearbeitetes Machwerk, durch das dem Judentum die politische Macht in Deutschland endgültig gesichert wurde. Dem deutschen Volk wurde vorgelogen, daß es nunmehr „souverän sich selbst regiere". Die neue Verfassung stelle den Inbegriff der Freiheit und der Demokratie dar, dem deutschen Volk werde ein Zeitalter unerhörten Glückes und Wohlstandes beschieden sein. In Wirklichkeit hat nun das deutsche Volk in Regierungsangelegenheiten überhaupt nicht mehr mitzureden. Durch die Weimarer Verfassung wurde, — was ihre Schöpfer sehr wohl wußten, dem deutschen Volke eine Staatsform aufgeschwatzt, durch die das Parteiunwesen, das schon vor dem Kriege unser Volksleben vergiftet hatte, verewigt und jede Möglichkeit genommen wurde, aus dem Elend herauszukommen. Das allgemeine Wahlrecht und der auf ihm beruhende Parlamentarismus sind nichts als ein ungeheurer Betrug. Nicht das Volk regiert, nicht die von ihm gewählten Vertreter bestimmen sein gegenwärtiges und künftiges Schicksal, nicht einmal die Parteigewaltigen oder die von ihnen ernannten Minister, sondern eine Gruppe von unverantwortlichen Persönlichkeiten, die als Lenker des dem Volk vorgeführten Schauspiels hinter den Kulissen stehen. Aber sie sind selbst wiederum die Vertreter von Gewalten, die ganz andere Dinge im Auge haben, als die Wohlfahrt der Völker, und die nicht einmal im Lande selbst ihren Sitz haben.

So sieht die „Volkssouveränität" und die „wahre Demokratie" in Wirklichkeit aus, und diese durch und durch verlogene, ihrem inneren Wesen nach verbrecherische Verfassungsform wurde dem wehrlosen deutschen Volk ausgerechnet zu einer Zeit aufgebürdet, da die westmächtlichen Völker, die Franzosen, die Amerikaner und selbst die Engländer die Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit des Parlamentarismus erkannt haben und sich von ihm zu befreien suchen.

Das Judentum läßt selbstverständlich kein Mittel unversucht, sich in der Machtstellung, die es durch Krieg und Umsturz in Deutschland gewonnen hat, zu behaupten, und gleichzeitig das deutsche Volk im Zustand gänzlicher Machtlosigkeit zu erhalten, denn eins bedingt das andere. Zu diesem Zweck wurden im Reich, wie in den Einzelstaaten und Stadtverwaltungen die bestehenden Behörden erweitert und zahllose neue Behörden geschaffen. Die Ämter wurden fast durchgehends mit Leuten besetzt, die für ihre Amtstätigkeit keinen anderen Befähigungsnachweis erbrachten, als die Merkmale

Radau-Antisemitismus.

Ein Wort an die deutsche Jugend.

In der „M. N. N." erscheint unter der Überschrift „Reden und Taten" die Auslassung eines national gesinnten Medizinstudenten, der seine Kameraden davor warnt, sich am Radau-Antisemitismus, an politischen Versammlungen und Demonstrationen zu beteiligen. Die Studentenschaft, so meint der Verfasser, soll sich durchaus nicht von Politik fernhalten. Vorzugsweise aber ihre eigene wissenschaftliche und studentisch-soziale Arbeit pflegen. Er stellt einen unterrichteten, schlagfertigen und spezialistisch ausgebildeten Vertreter etwa bei den Verhandlungen des Studentenausschusses einem solchen der Rechten gegenüber, der außer einigen Phrasen über Schwarzweißrot, entsittlichende Wirkung der Revolution usw. nichts sachlich Förderndes vorzubringen weiß. Sollte es ja, so etwa schließt der Verfasser, zum äußersten kommen, so wird ja der alte Kampfruf „Bursche heraus!" die Studentenschaft geschlossen an ihrem Platze finden; bis dahin aber sei die politische Radaubetätigung nicht nötig, sondern schädlich.

In diesen Ausführungen geht Wahres und Falsches wild durcheinander. Aber nicht das wollen wir hier nachprüfen, sondern die grundsätzliche Stellung. Soll sich die Jugend, die Jugend im weitesten Sinne, am politischen Lärm und Getriebe, am Kampf gegen den Juden vor allen Dingen, beteiligen, oder soll sie bescheiden zuwartend, wie es der Studiosus medicinae zu meinen scheint, ihr Deutschtum nur im Herzen und von Mensch zu Mensch pflegen.

Sie soll, kurz gesagt, keines von beiden oder beides! Was der Einsender der „M. N. N." vorschlägt, ist zage, nicht mannhaft, und führt zu demselben politischen Quietismus, unter dem vor hundert Jahren gewaltige deutsche Geistesleistungen schließlich in der volksfremden Kälte der sogenannten klassischen Periode erstarrt sind, die erst Goethe im ersten Teil des Faust wieder durchbricht. Die Abkehr von der Politik im großen Sinn, von den tatsächlichen Angelegenheiten des Gemeinwohls, schädigt nicht nur dieses Gemeinwohl, sie schädigt auch die rein geistige, die wissenschaftliche und künstlerische Leistung, die man so sorgsam vor der rauhen Zugluft täglichen Lebens behüten zu sollen glaubt.

Doppelt nötig ist es heute, daß sich die Jugend beizeiten mit Angelegenheiten des Staates und der Gemeinde beschäftigt. Den Älteren ist durch den Ausgang des Krieges in vielen Fällen das politische und moralische Rückgrat gebrochen; sie schauen selbst bei sehr gutem Willen lieber rückwärts als vorwärts. Das beste deutsche Mannestum aber, das vielleicht Erfahrung und Reife genug besessen hätte, die Politik aus ihrer Versumpfung zu erlösen, ist auf den Schlachtfeldern geblieben. So wird naturnotwendig schon in fünf bis zehn Jahren der politische Auftrieb den heute noch Jungen zufallen, die, von keinen deutlichen Erinnerungen an die alte Zeit und ihre Hoffnungen belastet, der Lage freier ins Auge blicken können. Treibt aber diese Jugend nicht beizeiten Politik, so wird sich das ganze traurige Marquise-Posa-Spiel der letzten Jahre noch einmal wiederholen.

Jedoch — der Stud. med. warnte ja gar nicht so sehr vor der Politik als vor dem bösen Radau-Antisemitismus. Da ist nun die Lage noch einfacher. Gewiß, wir geben zu, wir zuerst, denn wir sind die Berufensten, daß der Kampf gegen den Juden in seiner heutigen Form manche wenig erfreuliche Züge aufweist, und vor allem, daß dieser Kampf so viel nicht nützt, wie er billig nützen sollte.

Und hier gerade liegt die Aufgabe der Jugend, der studentischen vor allem! Wollt ihr den Kampf gegen den Juden, die wichtigste unserer Lebensaufgaben, wollt ihr diesen Kampf vom Radau-Antisemitismus befreien, wollt ihr diesen Kampf lösen von dem, was eurem Geschmack, eurer wissenschaftlichen Bildung, eurer ganzen Lebenslage widerstrebt? Ja, zum Teufel, dann dürft ihr nicht den Kopf in den Sand stecken und bekümmert klagen: Antisemiten sind wir zwar auch, nämlich nach unserer Einsicht, bloß wagen wir uns nicht mit der Sprache heraus, weil wir zu fein sind, um mit dem Radau-Antisemitismus uns zu verquicken. Gerade umgekehrt wird ein Schuh daraus: Ihr, ihr, die gebildete Jugend, müßt diesem Radau-Antisemitismus, der bestehen bleiben wird — denn jede Sache auf dieser Erde kann gut oder minder gut betrieben werden — ihr erst müßt und könnt dem Kampf gegen den Juden, den sachlich-wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Über- und Unterbau geben, der erst ein wirklich erfolgreiches und wirklich radikales Vorgehen gegen den Juden ermöglicht.

Radau-Antisemitismus! Ein Schlagwort wie so viele andere, dazu bestimmt, eine sachliche Nachprüfung nicht zuzulassen und sie durch Unlustgefühle vorweg zu verdrängen. Die Gefahr im Radau-Antisemitismus ist nicht, daß er Radau macht. Der Kampf um unseren Geist und unser Blut, unseren ideellen und wirtschaftlichen Besitz, auf den heute der Jude die Hand gelegt hat — dieser Kampf ist keine geheime und leisetreterische, er ist die öffentlichste aller unserer Angelegenheiten. Je öffentlicher er geführt wird, je mehr er die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zieht, desto besser. Möchte der Kampf gegen den Juden also auch mit Radau geführt werden, das wäre vielleicht ein Vorteil, wenn nur dieser Radau seinen Zweck, nämlich eine wirklich scharfe Bekämpfung des Judentums, zu erreichen vermöchte. Das aber gerade ist nicht oft der Fall, und darin in der Tat, nicht in zarten Geschmacksgründen, liegt der Vorwurf, den man den meisten heutigen Formen des Kampfes gegen den Juden machen muß. Erstens dringen die heutigen Formen des Antisemitismus selten über die Kreise hinaus, die schon Antisemiten sind, wieder und wieder werden dieselben Menschen bearbeitet; zweitens wird durch die nicht immer sehr zuverlässigen und geschickten Formen wertvolle, innerlich durchaus auf den Kampf gegen den Juden eingestellte Menschen abgestoßen und drittens endlich das Wichtigste: Der Großteil des heutigen Kampfes gegen den Juden bedroht den Gegner gar nicht ernstlich, weil nicht gezeigt wird, wie und wo der Jude zu packen ist, wie und wo wir ihm überlegen sind.

Das sind die wirklichen Vorwürfe gegen den sog. Radau-Antisemitismus und ich zweifle gar nicht, daß sie manchen guten „idealen" Deutschen von uns fern halten. Aber gerade die sollten, anstatt schmerzlich oder verächtlich beiseite zu stehen und dem „Berliner Tageblatt" das Wort Radau-Antisemitismus kritiklos nachzubeten, lieber bessernd einzugreifen. Sollten jenen wirtschaftlichen und geistigen Unter- und Überbau des Kampfes schaffen helfen, der heute erst in schwachen Anfängen vorhanden ist.

Hier liegt eine andere und größere Pflicht gerade der studentischen Jugend als in einem michelhaften, echt deutschen Quietismus. Auch dann allerdings wird der Kampf gegen den Juden, so notwendige Voraussetzung er ist, allein nichts schaffen. Tritt aber zu diesem Kampfe ein ausdauernder volk- und weltumspannender Gedanke wie in der nationalsozialistischen Bewegung, dann ist das Feld gegeben, auf dem der beste Teil unserer gebildeten Jugend arbeiten muß.

Buchbesprechung.

Egelhaafs historisch-politische Jahresübersicht für 1920 (herausgegeben von Hermann Haug, bei Karl Krabbe, Verlag, Stuttgart) ist erschienen. Er bringt, wie die früheren Jahrgänge, eine erschöpfende Übersicht der zeitgenössischen Geschichte und bleibt für den Politiker, Publizisten und Historiker, wie bisher, eine wertvolle Grundlage der Arbeit.

der jüdischen Rassezugehörigkeit oder die Mitgliedskarte einer judenfreundlichen Partei. Die Gehälter wurden verzehn- und verzwanzigfacht. Dadurch wurde dreierlei erreicht: Die hoffnungslose Zerrüttung der gesamten Volkswirtschaft und die langsame, aber sichere Verarmung aller, die ihrer politischen Gesinnung wegen von der Staatskrippe ausgeschlossen sind; der nahezu vollkommene Stillstand des staatlichen Mechanismus, denn durch die Vielheit der Ämter, die mehr gegeneinander als miteinander arbeiten, wird der Bureaukratismus auf die Spitze getrieben; die Schaffung eines wohlbesoldeten Heeres von Anhängern zur Verteidigung der „Errungenschaften der Revolution" einer Schutztruppe gegen alle Versuche des deutschen Volkes, sich seiner Fesseln zu entledigen.

Zum gleichen Zweck dient die Sozialisierung der Betriebe. Sie hat sich zwar, wie zu erwarten war, als ein vollkommener Fehlschlag erwiesen, und selbst ein Reichsminister hat erklären müssen, daß die Fehlbeträge der Staatsbetriebe auf die Dauer nicht durch Steuern gedeckt werden können. Trotzdem wird weiter sozialisiert, denn auch hierdurch können neue Beamtenstellen geschaffen und mit „Gesinnungstüchtigen" besetzt werden, auch hierdurch wird das deutsche Wirtschaftsleben noch weiter auf den Hund gebracht. Wohlgemerkt: die jüdischen Großbanken, der Inbegriff des Kapitalismus, den die Sozialdemokratie zu bekämpfen vorgibt, sind von der Sozialisierung ausgenommen. — Zum gleichen Zweck kommt aus Paris, London oder Berlin, den Hauptsitzen des in Europa lebenden Judentums, sowie aus der gesamten jüdischen Presse immer von neuem die Forderung nach Entwaffnung der Selbstschutzorganisationen, damit kein Widerstand gegen die Fremdherrschaft sich rühren kann. — Zum gleichen Zweck endlich wurde das Versailler Erpresserdiktat erdacht, durch das das deutsche Volk kaltblütig zu ewiger Sklaverei verurteilt wird. Dieses Machwerk steht in seiner Gemeinheit einzig da in der Weltgeschichte, und es ist gleich entehrend für seine Verfasser, wie für diejenigen, die unter jüdischem Druck den undurchführbaren und auf der Lüge von der deutschen Schuld beruhenden Vertrag unterschrieben und für das deutsche Volk und seine Nachkommen als rechtsverbindlich anerkannt haben.

Was ist zu tun? Die Weimarer Verfassung zeigt keinen Ausweg ins Freie. Sie ist ein unfruchtbarer Zwitter, ein Mittelding zwischen sozialistischem Beamtenstaat, der alles bis ins kleinste regeln will und liberalem Nachtwächterstaat, der für Ruhe und Ordnung sorgen soll, sonst aber sich in nichts hineinmischen darf.

Auch das Parteiunwesen wird uns keine Besserung der Verhältnisse bringen. Hier herrscht, wie im liberalen Wirtschaftsstaat, der Grundsatz des uneingeschränkten Wettbewerbs, der Kampf aller gegen alle. Ebenso wie jede Firma der anderen die Kunden abspenstig zu machen sucht, und für Reklamezwecke ungeheure Summen aufwenden muß, die hernach der Käufer zu bezahlen hat, so erblickt jede politische Partei in der anderen eine Konkurrentin, die es bis aufs Messer zu bekämpfen gilt, und der man mit möglichst viel Radau und Schlagworten die Wähler abjagen muß. So wird Hader und Entzweiung ins Volksleben hineingetragen, und über dem immerwährenden Kampf gegen die eigenen Volksgenossen vergißt man den allen gemeinsamen wahren Feind, der sich ins Fäustchen lacht und ungestört seine Geschäfte betreibt, auf Kosten des Volksganzen. Und schließlich dient doch der ganze Aufwand an Geld, Arbeit und Redekunst nur dazu, irgendeinen ehrgeizigen Parteibonzen in Amt und Würden zu bringen; nach den Wahlen haben die Wähler nichts mehr zu sagen. Und das Vaterland? Nun, das Vaterland hat sich dem Parteiprinzip unterzuordnen; möge es in die Brüche gehen, wenn nur die Partei am Leben bleibt und ihre Nutznießer ihre einträglichen Posten behalten!

Es bleibt nur die Selbsthilfe des Volkes, die Revolution gegen die Revolutionäre. Nicht durch einen Putsch, — zum gewaltsamen Umsturz hat der Deutsche ohnehin kein Talent, und die immer wieder auftauchenden Putschgerüchte entflammen nur der Angst des Judentums um seine Machtstellung — sondern durch den bewußten und tatkräftigen Widerstand von sechzig Millionen Menschen gegen die Zwingherrschaft, die sich eine minderwertige Rasse durch Krieg und Umsturz erschlichen hat. Was wir brauchen, ist ein deutscher Sozialismus, der das Gegenteil ist von dem, was Marx und seine Nachbeter gelehrt haben, eine deutsche Demokratie, an Stelle der Scheindemokratie der Westmächte und der Weimarer Verfassung. (Forts. folgt.)

Die Klein-Aktie

Über die Kleinaktie sind uns zahlreiche, meist zustimmende Äußerungen zugegangen. Wir veröffentlichen zunächst eine ablehnende Stimme, wobei wir unsere eigene Auffassung dahin festlegen, daß — wie insbesondere in den Artikeln unseres A.-B.-Mitarbeiters wiederholt betont — gerade auch in der Frage der „Brechung der Zinsknechtschaft" das Kind nicht mit dem Bad ausgeschüttet werden darf.

Herr Röder fragt zu Beginn seines Aufsatzes: „Wollen sie (die Leute um Wulle) nicht einsehen, daß auch die Kleinaktie zu nichts anderm bestimmt ist, als den Gedanken des Zinsgewinns noch mehr in den breitesten Massen der Arbeiterschaft heimisch zu machen?" Ferner sagt er, daß „auch diese Art des Zinses die Berechtigung des mühelosen Einkommens, also des Wuchers, anerkennt", und schließlich gipfelt diese Gedankenreihe in dem Ausruf: „Können sie sich nicht von der Unmoral des Gedankens überzeugen, ein höheres Einkommen haben zu wollen, als es der persönlichen Leistung entspricht?"

Das alles sind Donnerworte, denen gegenüber der verschüchterte Untertanenverstand kaum wagt, sich ein eigenes Urteil zu bilden. Dennoch wollen wir an einigen einfachen Beispielen die Festigkeit des Grund und Bodens prüfen, auf dem jener Prediger wider die Unmoral des Zinsgedankens wandelt. Denn gegen den Gedanken jedes Zinsertrages an sich wird doch vom Leder gezogen, nicht etwa nur gegen die Auswüchse, die unter gewissen Verhältnissen, wie etwa den heutigen, daraus entstehen können. Also „moralisch" ist nach vorstehendem nur das Einkommen, das der persönlichen Leistung entspricht. Dem gegenüber muß aber gefragt werden: was soll denn überhaupt unter persönlicher Leistung verstanden werden? Wo fängt sie an, und wo hört sie auf? Und welches Einkommen oder Entgelt „entspricht" ihr denn eigentlich? Ist etwa die übliche Bewertung und tatsächliche Entlohnung in allen Fällen gerecht? Und wenn sie dem einen Teile gerecht erscheint, ist sie es dann auch immer im Sinne des andern? Und wie beurteilen dritte Personen oft eine solche Entlohnung persönlicher Leistung? Man denke nur an so viele Beamtengehälter im neuen Volksstaate!

Das sind erst einige von den vielen Fragen, wie sie einem die Praxis unwillkürlich in den Mund legt. Bleiben wir aber einmal hierbei stehen. Da ist z. B. ein Geschäftsreisender, dem es gelingt, ziemlich mühelos einen Abschluß zu tätigen, dessen langwierige Vorarbeiten bereits eine große Reihe anderer Mitarbeiter beschäftigt hatten. Nur dem ersteren aber steht seine Provision zu. Mit Recht? Zu Unrecht? — Dieser selbe Mann erzielt später einen langfristigen provisionspflichtigen Lieferungsabschluß und verläßt dann die Firma. (Ganz gleichgültig, ob durch Tod, Erkrankung, Stellungswechsel, oder aus sonst irgendwelchen Gründen.) Ist es da gerecht oder ungerecht, daß er oder seine Rechtsnachfolger die weiterhin fällig werdenden Provisionsanteile ausgezahlt bekommen? Wenn nun aber dieser Kaufmann während seiner Geschäftstätigkeit außer seiner Intelligenz und Arbeitskraft der Firma auch noch bares Geld zur Verfügung gestellt hat, sollte es da wirklich ein so unmoralischer Wucher sein, wenn er oder seine Angehörigen nach seinem Ausscheiden, durch das er selbst ja der direkten Arbeitsvergütung verlustig ging, wenigstens noch die Erträgnisse seines in der Firma arbeitenden Geldes in Form von Zinsen oder Dividenden weiter beziehen?

Genau genommen hatte ja seine persönliche Leistung mit seinem Ausscheiden aufgehört, aber wir stoßen hier in der Praxis auf einen, auch in der Theorie sittlich unanfechtbaren Begriff, nämlich den der Nachwirkung persönlicher Leistungen. Ohne eine solche Nachwirkung würde nicht nur jedes Geschäft, sondern selbst alles Familienleben unmöglich werden, und unsere ganze menschliche Gesellschaft müßte zusammenbrechen. Oder sind nicht etwa alle unsere sozialen Gesetze, Witwen- und Waisenpensionen usf., ein Ausfluß der Anerkennung dieser Nachwirkung einer persönlichen Leistung? Ein Kind kann zunächst keine persönlichen Leistungen aufbringen. Verliert es den Vater, so muß es, selbst wenn dieser Millionär war, elend verhungern, sobald der Gedanke jeglichen Zinsgewinnes abgeschafft werden sollte. Geschieht dies aber, so verschwindet automatisch auch jeder Trieb zum Sparen, und damit der Grundpfeiler alles Wohlstandes. Trotzdem scheint der blindwütige Gegner des Zinsgewinnes aber gar nichts dabei zu finden, wenn er ganz harmlos von Ersparnissen, Sparkassen, Staatsbank u. dgl. als von etwas ganz Selbstverständlichem redet, obgleich es doch gerade zu den Hauptmerkmalen solcher Institute gehört, daß sie die Einlagen — verzinsen!! O heilige Einfalt! Also mühelose Zinsgewinne vom Staate zu empfangen, dessen Geldwirtschaft doch fast ausschließlich negativ ist, darin findet man nichts Unmoralisches; aber man schreit und wettert gegen den wucherlichen Ertrag eines in produktiver Arbeit angelegten Kapitals in Form von Zinsen, Dividenden usw., nur weil hierbei Auswüchse möglich sind, wie ja überall, wenn die betreffenden Menschen Wucherer sind! Um bei dem vorhergehenden Beispiel zu bleiben, so ist es doch ganz gleichgültig, ob jener Geschäftsmann sein Geld in der eigenen oder irgendeiner anderen Firma anlegte. Geld ist stets die Auswirkung irgendwelcher Arbeit, und es wirkt seinerseits weiter in irgendwelcher andern Ertragsform. Diesen Kreislauf leichterdings unterbinden zu wollen, nur weil sich irgendwo irgendwelche Mißstände zeigen können, wäre doch heller Wahnsinn! Da hat z. B. jemand ein Stück Land, um das er sich nicht kümmert, weil seine Fähigkeiten oder Neigungen ihn auf andere Gebiete hinweisen. Ein anderer entleiht es von ihm und holt Gewinn daraus. Ist es nun unmoralisch, daß der Besitzer einen Zins dafür erhält, daß er dem andern einen Gewinn erst ermöglicht, den er sonst bei aller Tüchtigkeit nicht würde erzielen können?

(Dies Beispiel scheint uns unglücklich gewählt zu sein. Bodenreform muß Landbesitz ohne produktive Verantwortlichkeit beseitigen. D. Schriftltg.)

Ein anderer dichtet, oder malt, oder philosophiert, oder macht Studienreisen u. dgl. mehr, für welche Tätigkeit er keine unmittelbare Geldentschädigung erhält. Aber von anderer Seite her besitzt er ein in produktiver Arbeit angelegtes Vermögen, dessen Zinsertrag ihm die Ausübung jener freien Berufe ermöglicht. Würde dieser Mann moralischer handeln, wenn er, anstatt seinem Volke mit seiner Kunst, seinem Forschen oder seinem Wissen große Dienste zu leisten, ein schlechter Handwerker, Kaufmann, Beamter oder dergleichen würde?

Noch tausendfältig könnte man Beispiele für den Widersinn der absoluten Zinsgegnerschaft anführen, ebenso wie auch für die Unmöglichkeit der stets absoluten Gerechtigkeit des Entgelts für die persönliche Leistung. Solche absoluten Normen gibt es einfach nicht, und sie werden niemals gefunden werden! Die einzige Lösung liegt in einer möglichst umfassenden und tiefgreifenden Erziehung des ganzen Volkes zu allgemeiner Rechtschaffenheit und Billigkeit, so wie diese Begriffe unserer arisch-germanischen Auffassung entspringen. Wir wollen nicht etwa den ganzen Baum abhacken, nur wegen einiger morscher Zweige: wohl aber müssen diese (Staatsanleihen, international orientierte Börse, private Großbanken, kurz das ganze, weitverzweigte Gebiet des Spekulationskapitals) restlos entfernt und der Wurzelboden gut umgegraben und gedüngt werden. Dann werden auch schöne Blüten und reiche Früchte bei weiterer guter Pflege nicht ausbleiben. B. W.

Schwarze, französische, jüdische und deutsche Schmach!!!

Von Alfred Rosenberg.

In München wird in verschiedenen Kinos eben die „Schwarze Schmach" auf Grund urkundlicher Beweise dem Publikum vorgeführt. Mehrere Akte hindurch sitzt man jedoch im unklaren, ob das ein Anklagefilm ist oder eine versteckte Verherrlichung der ritterlichen Franzosen. Schwarze Soldaten (die lustig grinsen und manchmal unwillkürlich ein Lachen abnötigen) verfolgen ein deutsches Mädchen. Das flüchtet in ein Restaurant. Folgt Belagerung durch schwarze Franzosen. In höchster Not erscheinen weiße Franzosen, retten das Mädchen. Der Vater dankt, das Mädchen dankt, der Bräutigam dankt: der ritterliche Franzosenoffizier verläßt als Held den Schauplatz . . . Später kommen einige packende Massenszenen. Der Schluß: ein Appell an die — Menschheit! Jeder Deutsche hätte erwartet, Deutsche aller Stände zum Schwur vereint zu sehen, nicht ruhen und rasten zu wollen, ehe nicht die Verachtung und der Haß gegen alle diese Gemeinheiten am deutschen Rhein und ihre Urheber in der ganzen Welt, besonders aber in Deutschland, in jedem lebendig erhalten würden. Statt dessen wehmütig erhobene Frauenhände und das ergebene Wort des deutschen Frauenarztes: „Wir Deutsche sind so grausam hilflos . . ."

Schwarze Schmach! Jawohl. Aber noch vielmehr: Französische Schmach. Wenn auf dem „Ehrenschild" dieser weibisch-sadistischen Nation noch ein reines Fleckchen gewesen wäre, dieser Transport der unglückseligen Wilden vom Senegal, aus den Palmenwäldern Madagaskars, in Ketten auf französische Schiffe verfrachtet und in die Wiege europäischer Kultur versetzt, das hätte genügt, um den Namen Frankreichs auf immer der Verachtung der ganzen Welt preiszugeben.

Der „ritterliche" Franzose sagt im Drama, er könne wenig tun, er müsse der „hohen" Politik gehorchen. Und auch hier wollen wir das Tüpfelchen auf das i setzen.

Die „Münchner Zeitung", die ständig zwischen zwei Stühlen zu sitzen als ihre Lieblingsstellung anzusehen scheint (bald predigt sie Demokratie als das einzig Mögliche, bald fragt sie sich, ob der Parlamentarismus überhaupt regierungsfähig sei; dann forderte sie beinahe das öffentliche Zerreißen der letzten Pariser Forderungen durch Simons und ist fast zu gleicher Zeit über die „unbekümmerten Nationalisten" empört, um wiederum dem Nationalbolschewismus ein geneigtes Ohr zu gönnen), dieses Blatt schwang sich vor einigen Tagen dazu auf, die „Drahtzieher der französischen Republik" zu kennzeichnen. Beileibe natürlich nicht mit einem eigenen klaren Angriffsartikel, sondern ziemlich unverbindlich mit einem Auszuge aus dem Werk eines Franzosen Rébour, der die Poincaré, Viviani und die anderen ehrgeizigen Rechtsanwälte als die Marionetten der Pariser Finanzkreise kennzeichnet: „Man nenne mir nicht", sagt Rébour, „den Präsidenten der Republik, nicht den Kabinettschef, nicht die Minister,

Der junge Engländer

Von Wilhelm Hauff.

Die alte Geschichte von Wilhelm Hauff, die vielleicht manchen unserer Leser aus Kindheitstagen noch halb vertraut ist, drucken wir hier wieder ab, weil sie wie für den heutigen Tag geschrieben ist. Ist es doch dahin gekommen, daß Dielen und Kabaretts, wie man an jeder Münchner Plakatsäule sehen kann, die Figur eines Gorilla als Aushängeschild benutzen. Weiter wollen wir vom Inhalt der Erzählung nichts verraten, als das, was Hauff in eine Kleinstadt verlegt, heute, 100 Jahre später, in unseren erleuchtetsten Großstädten jeden Tag vorkommt.

Im südlichen Teil von Deutschland liegt das Städtchen Grünwiesel. Es ist ein Städtchen, wie sie alle sind. In der Mitte ein kleiner Marktplatz mit einem Brunnen, an der Seite ein kleines, altes Rathaus, umher auf dem Markt die Häuser des Friedensrichters und der angesehensten Kaufleute, und in ein paar engen Straßen wohnen die übrigen Menschen. Alles kennt sich, jedermann weiß, wie es da und dort zugeht, und wenn der Oberpfarrer und der Bürgermeister, oder der Arzt ein Gericht mehr auf der Tafel hat, so weiß es schon am Mittagessen die ganze Stadt. Nachmittags kommen dann die Frauen zueinander in die Visite, wie man es nennt, besprechen sich bei starkem Kaffee und süßem Kuchen über diese große Begebenheit, und der Schluß ist, daß der Oberpfarrer wahrscheinlich in die Lotterie gesetzt und unchristlich viel gewonnen habe, daß der Bürgermeister sich „schmieren" lasse, oder daß der Doktor vom Apotheker einige Goldstücke bekommen habe, um recht teure Rezepte zu verschreiben. Ihr könnt euch denken, wie unangenehm es für eine so wohleingerichtete Stadt wie Grünwiesel sein mußte, als ein Mann dorthin zog, von dem niemand wußte, woher er kam, was er wollte, von was er lebte.

Nun, der Bürgermeister hatte den Paß untersucht und in einer Kaffeegesellschaft bei Doktors geäußert, der Paß sei zwar ganz richtig visiert von Berlin bis Grünwiesel, aber es stecke doch was dahinter. Denn der Mann sehe etwas verdächtig aus. Der Bürgermeister hatte das größte Ansehen in der Stadt, kein Wunder, daß von da an der Fremde als eine verdächtige Person angesehen wurde. Und sein Lebenswandel konnte meine Landsleute nicht von dieser Meinung abbringen. Der fremde Mann mietete sich für einige Goldstücke ein ganzes Haus, das bisher öde gestanden, ließ einen ganzen Wagen voll sonderbarer Gerätschaften, als Öfen, Kunstherde, große Tiegel und dergleichen hineinschaffen und lebte von da an ganz für sich allein. Ja, er kochte sich sogar selbst, und es kam keine menschliche Seele in sein Haus, als ein alter Mann aus Grünwiesel, der ihm seine Einkäufe in Brot, Fleisch und Gemüse besorgen mußte. Doch auch dieser durfte nur in den Flur des Hauses kommen, und dort nahm der fremde Mann das Gekaufte in Empfang.

Ich war ein Knabe von zehn Jahren, als der Mann in meiner Vaterstadt einzog, und ich kann mir noch heute, als wäre es gestern geschehen, die Unruhe denken, die dieser Mann im Städtchen verursachte. Er kam nachmittags nicht, wie andere Männer, auf die Kegelbahn, er kam abends nicht ins Wirtshaus, um, wie die übrigen, bei einer Pfeife Tabak über die Zeitung zu sprechen. Umsonst lud ihn nach der Reihe der Bürgermeister, der Friedensrichter, der Doktor und der Oberpfarrer zum Essen oder Kaffee ein, er ließ sich immer entschuldigen. Daher hielten ihn einige für verrückt, andere für einen Juden, eine dritte Partei behauptete steif und fest, er sei ein Zauberer oder Hexenmeister. Ich wurde achtzehn, zwanzig Jahre alt, und noch immer hieß der Mann in der Stadt der fremde Herr.

Es begab sich aber eines Tages, daß Leute mit fremden Tieren in die Stadt kamen. Es ist dies hergelaufenes Gesindel, das ein Kamel hat, welches sich verbeugen kann, einen Bären, der tanzt, einige Hunde und Affen, die in menschlichen Kleidern komisch genug aussehen und allerlei Künste machen. Diese Leute durchziehen gewöhnlich die Stadt, halten an den Kreuzstraßen und Plätzen, machen mit einer kleinen Trommel und einer Pfeife eine übeltönende Musik, lassen ihre Truppe tanzen und springen, und sammeln dann in den Häusern Geld ein. Die Truppe aber, die sich diesmal in Grünwiesel sehen ließ, zeichnete sich durch einen ungeheuren Orang-Utan aus, der beinahe Menschengröße hatte, auf zwei Beinen ging und allerlei artige Künste zu machen verstand. Diese Hunds- und Affenkomödie kam auch vor das Haus des fremden Herrn. Er erschien, als die Trommel und Pfeife ertönte, von Anfang ganz unwillig hinter den dunkeln, vom Alter angelaufenen Fenstern. Bald aber wurde er freundlicher, schaute zu jedermanns Verwundern zum Fenster heraus und lachte herzlich über die Künste des Orang-Utans. Ja, er gab für den Spaß ein so großes Silberstück, daß die ganze Stadt davon sprach.

Am andern Morgen zog die Tierbande weiter. Das Kamel mußte viele Körbe tragen, in welchen die Hunde und Affen ganz bequem saßen, die Tiertreiber aber und der große Affe gingen hinter dem Kamel. Kaum aber waren sie einige Stunden zum Tore hinaus, so schickte der fremde Herr auf die Post, verlangte zu großer Verwunderung des Postmeisters einen Wagen und Extrapost und fuhr zu demselben Tor hinaus, den Weg hin, den die Tiere genommen hatten. Das ganze Städtchen ärgerte sich, daß man nicht erfahren konnte, wohin er gereist sei. Es war schon Nacht, als der fremde Herr wieder im Wagen vor dem Tor ankam. Es saß aber noch eine Person im Wagen, die den Hut tief ins Gesicht gedrückt, und um Mund und Ohren ein seidenes Tuch gebunden hatte. Der Torschreiber hielt es für seine Pflicht, den andern Fremden anzureden, und um seinen Paß zu bitten; er antwortete aber sehr grob, indem er in einer ganz unverständlichen Sprache brummte.

Münchener Theater.

Neue Bühne. Ledige Leute. Sittenkomödie von Felix Dörmann. Eine tapperige Mutter und ihre drei Töchter. Die dazu gehörigen „Kavaliere". Ein Greenhorn stößt sich die Hörner ab. Viel zum Lachen und auch etwas zum Nachdenken. Ort der Handlung Wien. Der Wiener Ton wird gut getroffen. Frau Aloisia Brandl mit Marie Mayerhofer gibt mit ihren drei Pflanzen eine recht glaubhafte Familie im Sinne des Autors ab. Der Marie von Maria Grabner glaubt man es wirklich, daß sie in die Donau gehen will; Dolores Gartinger als Sophie ist bereits über jede Sentimentalität erhaben; [illegible] schwebt als [illegible] noch zu den Liebe und „Pflicht", wie sie nämlich die Frau Mama auffaßt. Als Liebhaber sind recht natürlich Heinz Köhlenegg und Rudolf König, als Greenhorn Toni — Karl Max Haas. Die liebende Mutter Wallner gibt mit viel Gemüt Emma Marklisser. Die beste Type fast ist die Hausmeisterin von Grete Conrad. Lebhafter Beifall dankte dem guten Zusammenspiel nach jedem der drei Akte.

Der „Neuen Bühne" wäre dem wirklichen Können ihrer Mitglieder nach mehr regerer Besuch zu gönnen. F. h. C.

sie sind Puppen. Sie heben die Arme, drehen den Kopf, wenn die Banken an dem Drahte ziehen. Wir werden regiert durch die ‚Banque de France'." — Wer die Herren der Banken und der Börse auch in Paris sind, sagt die „Münchner Zeitung" — natürlich — nicht. Es sind die Rothschilds und die Hirschs, die Pereiras und Ephrussis, die Reinach und die Porges, die Meyers und die Mayers, die Scharffs und die Markus usw. usw. Kurz, es sind fast ausschließlich Juden!

Und wenn nun die „hohe Politik" Frankreich zur Schwarzen Schmach zwingt, so wissen wir, wer letzten Endes seine satanische Fratze daran hat, das deutsche Volk in Schande zu stürzen, durch seine neuen Handlanger vergewaltigen zu lassen!

Und das ist die jüdische Schmach unserer Tage!

Die Pariser Börsenjuden und die jämmerlichen französischen Generäle, sie haben der jüdisch-französischen Niedertracht am deutschen Rhein ein ewiges Denkmal der Schande errichtet, das nie vergessen werden darf.

Judas Schuldbuch ist voll, übervoll ...

Unlängst sagte ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter öffentlich im Parlament des deutschen Volkes: die weißblaue (bayerische) Schmach sei schlimmer als die schwarze Schmach! Dieser Schuft sitzt nicht im Zuchthause, er ist nicht einmal vor Gericht gezogen werden, er ist immer noch „Volksvertreter", die Sache ist — vergessen. Immunität!

Und dies ist die Deutsche Schmach von 1921.

Wie der „deutsche" Monistenbund zum Kampfbund für jüdische Weltanschauung ward!

Von O. Bering.

III.

Der von dem Geschäftsführer Dr. Aigner unterzeichnete und für die Allgemeinheit innerhalb des Monistenbundes bestimmte Bericht sagt u. a. hierüber: „Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete wohl die Frage der Richtlinien des Bundes. Zwei Referenten, Rieß-Hamburg und Dr. Seber-Dresden, vertraten da die verschiedenen Gesichtspunkte. Die Anhänger Rieß', die weit in der Überzahl waren, sind der Überzeugung, daß heute mehr als je von den Monisten Bekennermut und Ehrlichkeit verlangt werden. An all den traurigen Vorgängen unseres öffentlichen Lebens, sei es auf politischem Gebiet, sei es in Rassefragen, sei es in internen Angelegenheiten, an all diesen Fragen könnte der Monist nicht mehr teilnahmlos vorübergehen und das Bundesorgan hat auch in diesen Fragen Stellung zu nehmen. Nur so können wir vorbildlich der deutschen Nation dienen." Die Entscheidung fiel nach langer, lebhafter Debatte, in der 18 Redner ihr Bestes gaben, im Sinne Rieß (!).

Die Annahme der Hamburger Thesen löste unter den Gegnern derselben eine außerordentliche Entrüstung aus, die sich in Rundschreiben und Briefen bemerkbar machte. Aus diesen läßt sich die Überrumplung, die in Weimar erfolgt war, erst klar erkennen. Nachstehend einige Proben:

„So idealschöne Dinge Pazifismus, Sozialismus und Abwehr des Antisemitismus an sich auch sind, mit dem Monismus stehen sie nur in losem Zusammenhang, nicht mehr wie Antialkoholismus und Vegetarismus. Ein direktes Hervorheben dieser Dinge verstößt gegen den Hauptgrundsatz unseres Bundes, Dogmenfreiheit und Toleranz. Zum mindesten hätte über diese Angelegenheit nicht einseitig abgestimmt werden dürfen, solange nicht die Ortsgruppen selbst darüber unterrichtet worden waren und ihnen Zeit gegeben worden war, dazu Stellung zu nehmen und ihre Abgesandten entsprechend zu beauftragen. Die hiesige Ortsgruppe fragt nun hierdurch an, welche Stellung die dortige Ortsgruppe zu dieser Angelegenheit nimmt und ob sie sich einer Aufforderung an den Bundesvorstand die Befragung der O. G. nachträglich vorzunehmen, anschließen würde. (Aus einem Rundschreiben.)

Können Sie nachweisen, daß die deutsche Judenschaft unschuldig ist an dem Unheil, das die internationalen Juden über das deutsche Volk gebracht haben? Wollen Sie bestreiten, daß die Mehrzahl der Juden deutschem Volk und Volkstum feindlich? Wollen Sie sich den Lehren der Statistik über die Kriminalität der Juden verschließen? Wollen Sie die Besorgnis deutscher Männer darüber, daß städtischer und ländlicher Grundbesitz, Handel und Industrie mehr und mehr in die Hand landfremden Judentums übergehen, als unbegründet hinstellen? Woher kommt denn dieser Aufstieg des jüdischen Mittelstandes vom Schnorrertum zum Kapitalisten, wo der deutsche Mittelstand am Hungertuche nagt? Von reeller wertschaffender Arbeit kommt er nicht!... Aber wenn Sie glauben, sich vor den Karren der Judenschutztruppe spannen zu müssen, können Sie ja den Versuch machen!"

(Ein Ortsgruppenvorsitzender an ein Vorstandsmitglied.)

„Mit lauter extremen Pazifisten, Sozialisten oder Kommunisten können wir einen Aufbau des deutschen Volkes nicht erzwingen, das hieße den Deutschen, wie gegenwärtig, dauernd zum Heloten machen, wie früher die analphabetischen slowakischen Kesselflicker und russisch-polnischen „Sachsengänger" unsere Heloten waren. Es ist Irrwahn oder Lüge, dem deutschen Volk weiß machen zu wollen, daß es, wenn es von seinem Pangermanismus kuriert ist, den herrschenden Völkern als Brudervolk willkommen sein wird. Ich dächte doch, jeder Tag lieferte massenhaft der schauderhaftesten Beweise vom moralischen Tiefstand der Feindvölker, und zwar am erschreckendsten der Franzosen des Westens und der Franzosenaffen des Ostens. Der Jude ist in erster Linie Jude, in zweiter Kosmopolit und erst in dritter fühlt er sich als Glied seines Wirtsvolkes, notabene, solange er sich in dessen Mitte wohlfühlt! Deutschem Volk aber derartige fremdartige Elemente als Herrscher aufoktroyieren zu wollen und die naturgemäße Abwehr dagegen als kulturfeindlichen Antisemitismus, als Chauvinismus u. dgl. auszulegen ist Mache, heuchlerische Mache! ... Schwächen wir nicht Deutsche, die nicht in jüdisches Joch wollen!"

(Ein Ortsgruppenvorsitzender an ein Vorstandsmitglied.)

Infolge der Gegenströmung, die sich nach Annahme der Hamburger Thesen innerhalb des Monistenbundes bemerkbar machte, wie aus einer Menge von Stoff vorstehend an einigen kleinen Beispielen gezeigt wurde, hat sich der geschäftsführende Vorstand am 18. November 1920 gezwungen gesehen zu erklären, daß die Hamburger Thesen keine dogmatische Bindung bedeuten, sondern nur Richtlinien für die künftige Bundesarbeit. In Nr. 1 der Monistischen Monatshefte 1921 werden in einem Aufsatz die Zweifler der Wortklauberei und Silbenstecherei durch den 1. Vorsitzenden Prof. Dr. Heinrich Schmidt-Jena bezichtigt, von welchem der sinnige Satz stammt: „Gott sei Dank, daß wir Atheisten geworden sind!" (S. Mon. Monatsh. 6, 1920.) Wie früher die Richtgesinnten auf Paragraph 2 der Satzungen hingewiesen wurden, so werden sie jetzt auf den Vorstandsbeschluß vom 18. November 1920 hingewiesen werden. Und die harmlosen, guten Deutschen werden wieder mit Vertrauen zu ihrem Vorstand mit jüdischer Weltanschauung mit Bewunderung emporblicken. Die Aufruhrbewegungen der Unbotmäßigen in der Zeit zwischen der Annahme der Thesen im September 1920 und dem Vorstandsbeschluß im November 1920 sind zu vergleichen mit den letzten Zuckungen einzelner Glieder eines im Todesringen befindlichen Körpers.

Wie nun die Richtlinien von dem Vorstand gehandhabt werden, zeigt uns der Aufsatz des Landgerichtsrats Emil Dosenheimer-Frankenthal in Nr. 11/12 1920 der Mon. Monatshefte, in welchem er die Auslegung der Hamburger Thesen behandelt und z. B. in bezug auf die sechste These sagt: „Ein Antisemit, d. h. ein Mensch, der von vornherein den Juden und das Judentum mit Vorurteil betrachtet, paßt nicht in unsere Reihen." Dosenheimer schließt mit dem nochmaligen Hinweis auf die bedeutsamen Aufgaben, die sich der Bund in Weimar gestellt hat, mit den bedeutsamen Worten: „Der Worte sind genug gewechselt. Laßt uns Taten sehen."

Unsere Pflicht wird es sein, diese angekündigten Taten des „deutschen" Monistenbundes genau zu verfolgen, denn welcher Art dieselben sein werden, zeigen uns die Hamburger Thesen, zeigen uns die Aufsätze der Mon. Monatshefte, zeigt uns die durch C. Rieß angekündigte Reorganisation der monistischen Jugendbewegung.

Auswandern?

Von Fritz de Crignis.

Eine Frage, die Millionen Volksgenossen erwägen, ist die: Sollen wir die Heimat verlassen; bietet sich uns irgendwo in der Welt eine bessere Zukunft?

Wenn wir darauf antworten: Es ist nicht deutsch, die Heimat in der Zeit ihrer größten Not im Stich zu lassen; seid euch zu gut, den Kulturdünger abzugeben für fremde Länder! so wird das bei vielen Verständnis finden. Aber mehr noch, die den Gedanken an Auswanderung einmal gefaßt haben, werden sich dadurch nicht zurückhalten lassen. Sie sind nun einmal verstimmt durch die schonungslose Ausbeutung und den Wucher zu Hause, sind auch verstimmt über die Mißerfolge der deutschen Politik.

Es ist gewiß, daß unter denen, die in die Fremde ziehen wollen, viele gerade der Besten und Tüchtigsten sind. Die Heimat hat sie nicht zu halten verstanden. Mancher davon wäre bereit, zu bleiben, wenn man ihm die Möglichkeit gäbe, auf eigener Scholle sich ein eigenes Heim zu errichten, selbst zu erzeugen, was er braucht für sich und seine Familie.

Was in dieser Richtung bisher geschehen, ist ein Tropfen auf einen heißen Stein. Trotz aller Redensarten, die gemacht werden, fehlt es am wirklich guten Willen. Dem Großgrundbesitz geht man in unserem, sozial sein wollenden Staatswesen so wenig zu Leibe wie dem Großkapital. Man komme nicht mit der beliebten Ausrede: Nur der Großgrundbesitz arbeitet rationell. Es lassen sich auch für Kleinsiedelungen Bewirtschaftungsformen finden, die ebenso ertragreich sind. Es wäre aber Zeit, darüber mit den Verantwortlichen ein recht deutliches Wort zu reden.

Wenn nun doch schon ungezählte Deutsche sich zur Auswanderung entschlossen haben, so wäre wenigstens zu wünschen, den Zug der Auswanderer dorthin zu lenken, wo sie dem Mutterlande kulturell und politisch, als Erzeuger und als Verbraucher nicht ganz verloren gehen. In den Ländern, die in dieser Hinsicht in absehbarer Zeit in Betracht kommen, sind ja heute die Verhältnisse noch nicht danach, auch nur einem den Rat zu erteilen, jetzt schon dorthin zu ziehen. Es sind das Rußland, die Ukraine und die baltischen Länder. Eine Ausnahme im guten Sinne macht jetzt schon Finnland, das aber nicht sehr aufnahmefähig ist.

Es kann aber jedem der Rat gegeben werden, lieber zu warten, bis eine Auswanderung nach dem Osten Europas möglich wird, als jetzt sich verleiten zu lassen, nach tropischen Ländern zu gehen.

Klima, Tier- und Pflanzenwelt sind in den Ländern des ehemaligen russischen Reiches ganz unbedingt dem deutschen Auswanderer zuträglicher, als dieselben Faktoren in irgendeinem Lande der tropischen Zone. Der deutsche Siedler steht nicht vor einem undurchdringlichen Urwald, er findet fast heimische Verhältnisse in Viehzucht und Ackerbau. Der deutsche Handwerker arbeitet dann mit am Wiederaufbau von Ländern, deren Zukunft nach dem jetzigen Übergangsstadium naturnotwendig eng verbunden ist mit der Zukunft Deutschlands. Er nützt so mit jedem Arbeitstag auch seiner Heimat. Keine kostspielige Seereise erst von mehreren Wochen bringt den Auswanderer an sein Ziel, sondern eine Fahrt von einigen Tagen auf der Bahn. Bleibt er, so ist der Kontakt mit der Heimat ein besserer als über dem Wasser; will er zurück, so ist der Schaden nicht so groß. Wer also wartet, vielleicht gar nicht allzu lange, bis uns der Osten offen steht, dient sich selbst und der deutschen Sache besser, als wenn er über See geht.

„Über See!" Ein Zauberwort für alle, die romantisch veranlagt sind. Üppige Phantasiegebilde spiegelt vielen die Einbildung vor. Ewig blauer Himmel, üppiger Pflanzenwuchs, ein sorgloses Leben! Die Wirklichkeit sieht etwas anders aus. Der Kolonist, der zum Beispiel nach Brasilien geht, dem Ziel so vieler Deutscher, verfügt meistens über wenig oder gar kein Geld. 50 000 Mark sind in diesem Falle wenig Geld, bei dem schlechten Stande unserer Valuta und bei dem gegen früher so gehobenen Stande der brasilianischen Valuta. Es ist nicht viel mehr, als wenn man gleich ohne Geld hinüberkommt.

Das einzige Kapital des Kolonisten ist seine Arbeitskraft. Arbeit im Urwald, denn anderes, schon gerodetes Land erhält der Kolonist nicht zugewiesen. Arbeit in heißer, fast immer feuchtheißer Luft, geplagt von zahllosem Ungeziefer, zahllos nach Art und Anzahl, auch des Nachts keine Ruhe. Arbeit, nicht etwa acht Stunden wie bei uns, sondern vom frühesten Morgen bis zum Abend, sonst ist an auch nur geringen Erfolg gar nicht zu denken. Lebensverhältnisse von einer Einfachheit, daß sich die wenigsten die richtige Vorstellung davon gemacht haben, ehe sie auszogen. Unterkunft und Verpflegung so primitiv, daß sich nach kurzer Zeit schon alle zurücksehnen nach der Heimat, wo es ihnen angeblich so schlecht ergangen ist.

Wer nicht über eine ganz eiserne Arbeitskraft verfügt, und das sind nicht mehr allzu viele nach den aufreibenden letzten Jahren, wird schwer enttäuscht werden in den Tropen. Gewiß, es ist einigen gelungen, drüben Fuß zu fassen. Aber viele andere mehr haben gänzlich Schiffbruch gelitten: Erschütternde Berichte beweisen das. Oder besser noch als Berichte, die von drüben kommen, jene selbst, die mutlos und abgebrannt zurückgekehrt sind. Eine große Anzahl der Süd-Amerika-Fahrer der Jahre 1919 und 1920 sind wieder in der Heimat. Was hier über Brasilien gesagt, gilt mehr oder weniger für alle Länder der heißen Zone. Brasilien wurde herausgegriffen, weil es zur Zeit das Ziel so vieler Deutschen ist.

Am schlimmsten ist es, wenn Volksgenossen, die ihr bisheriges Leben im Bureau verbracht, solche Pläne hegen. Und das sind nicht wenige. In mittleren Jahren, sich noch auf körperliche Arbeit umzustellen, ist schon für unsere Verhältnisse schwer, in den Tropen ist es so gut wie unmöglich.

Die Länder, die für deutsche Auswanderer in Betracht kämen, die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und Kanada, haben sich gegen Deutsche fast hermetisch abgesperrt.

Wer es trotz alledem nicht lassen zu können glaubt, sein Glück über dem Wasser zu versuchen, der wende sich wenigstens vorher an eine der Zweigstellen des Reichswanderungsamtes, jener Behörde, die viel verlästert wird, weil sie den Auswanderungslustigen eben die manchmal recht enttäuschende Wahrheit zu Gemüte führen will. Das Reichswanderungsamt wird nicht zuletzt von allen jenen angegriffen, die mit der Leichtgläubigkeit mancher Auswanderer Geschäfte machen wollten und denen dieses Amt das schmutzige Handwerk gelegt hat.

Auch an einwandfreie Vereine mag man sich wenden, z. B. den „Verein zum Schutze deutscher Auswanderer".

Zum Schlusse seien nochmals alle, die sich mit der Absicht der Auswanderung tragen, ermahnt, sich die Sache gründlichst zu überlegen und auch den vaterländischen Standpunkt nicht so ganz außer acht zu lassen, wie es leider allzu viele getan. Mancher, der bei uns zu Hause bei jeder Gelegenheit den internationalen Hansdampf herausgehängt hat, ist in der Fremde recht schnell darauf gekommen, was seine Heimat doch für ihn war und was sie ihm geboten hat an Kultur und Fürsorge.

Weltgeschichte.

Von Fritz de Crignis.

III. Teil.

(Siehe Ausgaben 22 und 25.)

Dem Mittelalter fallen verschiedene Erfindungen zur Last.

Die Erfindung des Schießpulvers ermöglichte es den Menschen, ihre Nächstenliebe auf größere Entfernungen zu betätigen. Erfunden wurde das Schießpulver durch den Mönch Berthold Schwarz. Berthold Schwarz war aber ein Deutscher. Die Entente verlangt deshalb im Friedensvertrag den Ersatz sämtlichen Schadens, der bisher durch den Gebrauch des Pulvers entstanden ist.

Es ist wenigstens gut, daß diese Erfindung schon so weit zurückliegt, damit keiner unserer großen deutschen Staatsmänner von heute in diesen Verdacht gerät.

Durch die Erfindung der Buchdruckerkunst wurde die dem Volke so bekömmliche Dummheit und allgemeine Unbildung bald in bedenklicher Weise untergraben.

Der Kompaß wurde ebenfalls im Mittelalter erfunden. Er hat den Vorteil, daß er unentwegt nach Norden zeigt, auch wenn der Kapitän besoffen ist. Er diente den großen Entdeckern und Seefahrern als Mittel, um über den Ozean zu schiffen.

Unter Kolumbus fuhren die Spanier nach Amerika und brachten den Indianern das Christentum. Als Gegenleistung nahmen sie dafür deren Gold mit nach Hause. Das Christentum breitete sich in Amerika bald so aus, daß für die Indianer kein Platz mehr war.

Überhaupt waren die Spanier bestrebt, alle Segnungen der europäischen Zivilisation nach Amerika zu bringen: Schnaps, Inquisition, Folter und Schießgewehr.

Zur Zeit der amerikanischen Eroberungen regierte in Spanien Karl I. Trotzdem in seinem Reiche die Sonne nicht unterging, war es eines der finstersten der Weltgeschichte.

Dieser Karl I. regierte als Karl V. nebenamtlich als deutscher Kaiser. Auch in Deutschland trat er erfolgreich gegen den Fortschritt auf.

Spanien hatte auch seinen Torquemada, den Großinquisitor. Ihm verdanken mehr Menschen ihre Verbrennung, als sämtlichen Feuerbestattungsvereinen der heutigen Zeit zusammen. Diese Kanaille, die leider ganz einfacherweise im Bett verendete, hätte eine gute Figur abgegeben im heutigen Räterußland.

Trotzdem gelang es all diesen Herrschaften nicht, das gesunde spanische Volk zu Tode zu regieren, und die Spanier haben uns später ein mustergültiges Beispiel gegeben, wie man mit frech gewordenen Franzosen umzugehen hat.

„In Deutschland hatte seit Beginn der Neuzeit der Humanismus den geistigen Zustand der Menschen so gehoben, daß sie sich jetzt wegen religiöser und philosophischer Probleme dauernd die Köpfe einschlugen.

Es bildeten sich die Liga und die Union. Es sind das nicht, wie der zeitgemäße Leser wohl meint, zwei Filmgesellschaften, sondern zwei G. m. b. H.'s zur Ruinierung Deutschlands. Mit Hilfe der Schweden und der Franzosen haben sie diesen ihren Zweck auch glänzend erreicht.

Die Zeit dieser erfolgreichen Betätigung nennt man den Dreißigjährigen Krieg. Dieser dauerte dreißig Jahre, was ausdrücklich bemerkt sei, weil die Geschichtslehrer immer fragen: „Wie lange dauerte der Dreißigjährige Krieg?"

Während dieses Krieges litten die Deutschen auch ohne Rationierung grausamen Hunger. Die Zwangswirtschaft bestand damals nur insoferne, als die Soldateska aus jeder Wirtschaft mit Zwang alles wegnahm, was ihr eßbar erschien. Die Bauern wurden damals etwas kräftiger angefaßt als heute.

Durch den Dreißigjährigen Krieg wurde Deutschland so entvölkert und in den Städten starben die Kinder so massenweise, wie man das heutzutage kaum durch die fortwährende Erhöhung des Milchpreises zu erreichen weiß.

Trotzdem die 14 Punkte noch nicht erfunden waren, mußte Deutschland einen Frieden unterzeichnen, der dem „Frieden" von Versailles nicht viel nachsteht.

Eine der hervorstechendsten Erscheinungen des Dreißigjährigen Krieges war Wallenstein, dem es aber trotz eifrigen Bemühens nicht gelang, die Astrologie so in Verruf zu bringen, daß nicht heute noch alte Weiber beiderlei Geschlechts dieser Wissenschaft nachhängen.

Es folgen sich jetzt eine Reihe von sogenannten Erbfolgekriegen, zu deren Verständnis es nötig wäre, in die Genealogie und Genitalogie der damaligen europäischen Fürstenhäuser tiefer einzudringen, als es diese ganze Sippschaft mit wenigen Ausnahmen wert war.

Während die Völker des Festlandes ihr Blut für hohe und höchste Herrschaften vergossen, verstanden es die Engländer, aus dieser Dummheit ordentlich Gewinn zu ziehen.

England verdankt sein schnelles Emporkommen der peinlich genauen Befolgung zweier Grundsätze. Das: „Right or wrong, my country" unterscheidet sich wohltuend von dem Gebaren mancher Eunuchen bei uns, die schon zum Frühstück ihr Schuldbekenntnis beten. Der zweite Grundsatz war der: Wenn zwei sich streiten, freut sich der Brite. England hat damit die allerbesten Geschäfte gemacht — und macht sie heute noch.

Am bekanntesten unter Englands Herrschern ist Heinrich VIII. durch seine Heirat mit Henny Porten, die ihn aber enttäuschte, da sie ihm keinen Sohn gebar. Heinrich VIII. hatte eine gesunde Natur, denn er überstand sechs Frauen.

Die Beziehungen der Engländer zu den Franzosen waren sehr wechselnd. Manchmal gerieten sie sich beim Länderstehlen in die Quere, wie in Nordamerika oder vor nicht langer Zeit in Faschoda, ein andermal taten sie sich zu diesem edlen Zwecke wieder zusammen, wie in Ostasien oder jetzt im Weltkrieg. (Fortsetzung folgt.)

Die Sonnenfinsternis.

Die Sonnenfinsternis hat letzten Freitag stattgefunden, ohne daß bisher eine Beschwerdenote Frankreichs an die Reichsregierung gelangt wäre.

Die Sonnenfinsternis trat pünktlich ein wie eine Preiserhöhung.

Die Polizei hat gegen die Sonnenfinsternis nichts unternommen, obwohl dieselbe als Veranstaltung unter freiem Himmel eigentlich verboten war.

Die Astronomen verstehen sich besser aufs Vorhersagen als unsere Politiker.

Der Mond kam sich einige Stunden sehr wichtig vor. Erst als er merkte, daß er nur Mittel zum Zweck sei, erklärte er seinen Austritt.

Fachleute glauben, daß infolge der Sonnenfinsternis eine weitere Erhöhung des Milchpreises nötig wird. Während der Zeit der Sonnenfinsternis ist bis zu fünfzig Prozent weniger Licht auf das wachsende Gras gefallen, das dadurch in seinem Wachstum beeinträchtigt wurde. Soll der Bauer allein den Schaden tragen? Man hofft daher, durch Erhöhung des neuen Milchpreises um diese fünfzig Prozent der furchtbaren Notlage der Bauern abhelfen zu können.

Trotz der Sonnenfinsternis wurde in allen staatlichen Bureaus ebenso fieberhaft gearbeitet wie sonst.

Auf den Straßen gab es ein Bild wie bei einem Fliegerangriff. Sämtliche Mitmenschen sah man in die Nasenlöcher. Fritz de Crignis.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

München. Am Donnerstag, den 14. April, abends 8 Uhr, findet im „Münchner Kindlkeller" eine große Massenversammlung statt, in der unser Parteigenosse, Landtagsabgeordneter Ing. Jung, 2. Vorsitzender der Deutschen nationalsozialistischen Partei in der Tschechoslowakei, Mitglied der Prager Völkerversammlung, sprechen wird über: „Nationalsozialismus — nationale Revolution."

Volksgenossen! Unser Pg. Jung wird auch sprechen über die furchtbare Not unserer 3 Millionen deutscher Volksgenossen in Deutschböhmen. Helft uns die Versammlung zu einer gewaltigen Kundgebung zu machen für das gefährdete Deutschtum im Auslande und gegen die schamlose Vergewaltigung und Entrechtung der Deutschen im Lande der Rasselbinder. Nach dem Referat Jungs werden auch unsere Führer Drexler und Hitler das Wort ergreifen.

Ortsgruppe Rosenheim. Die Nationalsozialisten treffen sich am Sonntag, den 17. April, bei Mitglied Bielser, Gasthaus Bernlohner (Nebenzimmer), Kaiserstraße, zu abwechslungsreicher parteilicher und geselliger Unterhaltung.

Landshut. Die Sprechabende der hiesigen Ortsgruppe finden jeden Montag, abends halb 8 Uhr, im „Reichhartbräu" statt. Gäste willkommen.

Amberg. Die Sprechabende der Nationalsoz. Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Amberg, finden jeweils jeden Montag, abends halb 8 Uhr, im Gasthaus Lehmeier, Ziegelgasse, statt. Gäste sind herzlich willkommen.

Deutschland erwache!

Am 8. April hielt unsere Münchener Ortsgruppe wiederum eine ihrer nun schon bald als einzigen kräftigen Pulsschlag im Münchener politischen Leben spürbaren Massenversammlungen. A. Hitler sprach im großen Festsaal des Hofbräuhauses. Die völkische Not in Oberschlesien gab den Ausgangspunkt, um mit unerbittlicher Schärfe die ganze Entwicklung in ihren Ursachen und Wirkungen aufzuzeigen, die zu unserer Notlage geführt haben (von der Oberschlesien nur ein einzelnes Symptom ist). Die unpolitische Veranlagung unseres Volkes erheischt von vornherein um so dringender eine gewissenhafte staatsmännische Führung, die, wenn sie sich auch nicht zur Meisterschaft Bismarcks erheben konnte, so doch sachlich arbeiten und mit dem Blick für die Realitäten begabt sein mußte. Vollkommener Mangel an Logik nicht nur, sondern geradezu Denkfaulheit, die ängstlich den Blick vor den Tatsachen verschloß, machten die Leute, die sich Staatsmänner nannten, zu Puppen des eigentlichen Drahtziehers der Juden. Der Zusammenhang der Ereignisse und Entschlüsse, die zu unserem Untergang führten, ist ein zu sinnfälliger, als daß man nicht hinter der Ahnungslosigkeit und dem Mangel an Logik der Verantwortlichen das planmäßige Handeln der eigentlich Maßgebenden, der Juden erblicken müßte. Das internationale Börsen- und Leihkapital ist es, das die Völker, so in erster Linie das deutsche, in sich zerfleischend, sie auch gegeneinander hetzt. Die Macht dieser Internationale wird an dem Tag endgültig gebrochen sein, da ihr die Internationale der Schaffenden entgegengestellt ist. Das deutsche Volk soll es sein, das mit siegreicher Führung dieses Reinigungskampfes die ersten Vorbedingungen schafft, die nur auf nationaler Grundlage aufgebaut werden können.

Neumarkt a. Rott. Auf dringenden Wunsch vieler Anhänger der nationalsozialistischen Bewegung sprach hier im überfüllten Nebenzimmer des Gasthofes „Zur Post" Pg. Eser über „Der nationale Sozialismus — Deutschlands Zukunft". Der Vortrag erreichte neben Aufklärung der hiesigen Einwohnerschaft über die neue Bewegung auch seinen Hauptzweck, nämlich die zur Zeit hier anwesenden Mitglieder einer deutschen Verkehrskonferenz in den nationalsozialistischen Gedankengang einzuführen, vollkommen. Eine rege Aussprache beschloß die glänzend verlaufene Veranstaltung, die die Gründung einer Ortsgruppe zur Folge hatte.

Garmisch-Partenkirchen. Die schon lange angekündigte Werbeversammlung der D.A.P. fand vergangenen Samstag im gutbesetzten „Rasensaale" zu Partenkirchen statt. In zweistündigem Vortrage sprach Pg. Schriftleiter Eser-München über die Ziele der nationalsozialistischen Bewegung. Der beste Beweis für den Erfolg des Referats war die lebhafte Aussprache, an der sich bezeichnenderweise nur drei Vertreter der Partei beteiligten, die es am geschicktesten verstanden hat, den Kampf der ehrlichen Arbeiterschaft aufs tote Geleise zu schieben, die „Mehrheits"sozialdemokratie. Zu den Ausführungen des Hauptredners sowohl, als auch zu denen des Pg. Körner-München konnte man sich natürlich nicht äußern, lediglich gegen den „Klassenkampf" und gegen die „Gewaltpolitik" wetterte man. Sehr bemerkenswert war die Feststellung des sozialdemokratischen Genossen Dick, der unter großem Stimmaufwand versicherte, daß er den Friedensvertrag nicht unterschrieben habe (dafür sein Genosse Müller mit Billigung der gesamten Reichstagsfraktion), sowie, daß „auch die Sozialdemokratie zu Kompromissen fähig sei" (womit er wahrscheinlich den Arbeiterverrat der Scheidemänner und Noske an die Börse meinte). Der nächste öffentliche Vortrag der neugegründeten Ortsgruppe, der in Bälde veranstaltet wird, soll Aufklärung bringen über die „Friedensverträge von Brest-Litowsk und Versailles und die Wirkung des letzteren für das schaffende Volk".

Schutz- und Trutzbund.

Karlsruhe. Am 5. April fand in der Ortsgruppe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes ein Lichtbildervortrag über „Das Murgtal" statt. In einer Reihenfolge von der Quelle bis zur Mündung zeigte der Vortragende die Eigenarten und Schönheiten des Tales in über 200 farbigen Aufnahmen. Sowohl in wissenschaftlicher als auch in künstlerischer Hinsicht wurden reiche Anregungen gegeben und die charakteristischen Eigentümlichkeiten der Landschaft in einwandfreier Weise hervorgehoben. Durch derartige Veranstaltungen wird die Freude am Wandern und die Kunst zu sehen sehr gefördert, und man darf die Bemühungen des Bundes in dieser Hinsicht sehr begrüßen. Die nächste Versammlung findet am Dienstag, den 19. April statt.

Die Bismarckfeier im besetzten Gebiet. Seit der Besetzung des Rheines durch unsere Feinde sind die Deutschgesinnten in den Rheinlanden es nicht mehr gewohnt gewesen, größere nationale Feiern zu veranstalten. Erst der Schutz- und Trutzbund in Wiesbaden-Biebrich hat im vergangenen Jahr durch seine prächtige Totenfeier mit der Rede Professor Kruegers den fast zweijährigen Bann durchbrochen. Fast noch glänzender ist seine Bismarckfeier verlaufen, die am 1. April alle Deutschgesinnten aus Wiesbaden und Umgegend vereinte. Der Festsaal war bis auf den letzten Platz gefüllt, obwohl es viel Wankelmütige gab, welche vor „solch gewagtem Tun", wie patriotische Festeveranstaltungen, sehr beredt sich warnten. Der Schutz- und Trutzbund hat sich aber nicht von seinem richtigen Empfinden abbringen lassen, und er kann stolz sein, daß seine Bismarckfeier die einzige Gedenkfeier an dem 106. Geburtstage im ganzen besetzten Gebiet war.

Zum Fall „Braßler und Hoster"

(Der Schutz- und Trutzbund bittet um Aufnahme dieser Aufklärung.)

Bei der Besprechung der zur gerichtlichen Verhandlung gelangten Fälle „Braßler und Hoster" wurde auch die Zugehörigkeit der Beiden zum Schutz- und Trutzbund in der Presse zum Teil in einer den Tatsachen nicht entsprechender Weise behandelt. Aus der Zugehörigkeit als Mitglied zu irgendeiner Organisation eine Mitverantwortung der letzteren für ihre Mitglieder abzuleiten, ist ein Unsinn. Die von Braßler und Hoster eingeleiteten Unternehmen, wie der Nachrichtendienst des ersteren, sind auf eigene Faust und nicht im Einvernehmen mit der Leitung des Schutz- und Trutzbundes erfolgt. Sie werden, ganz abgesehen von ihrer strafrechtlichen Seite, auf das schärfste von uns mißbilligt. Diese strafbare Handlung seiner ehemaligen Mitglieder empfindet der Schutz- und Trutzbund als einen Bruch des Vertrauens, das nicht nur unser Bund, sondern jede anständige Organisation bei allen Mitgliedern voraussetzen muß.

Weder Braßler noch Hoster hatten irgendeine leitende Stellung in unserem Bund und sie hatten keinerlei Aufträge, die in der Richtung ihrer Verfehlungen lagen.

Der Schutz- und Trutzbund muß deshalb jeden Versuch, ihn mit den Handlungen der beiden Herren zu belasten, entschieden zurückweisen.

Kampf um die Brechung der Zinsknechtschaft

S. Der öffentliche Redestreit, veranstaltet vom Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft, fand am 11. April bei einer wesentlich größeren Zuhörerzahl als am 1. Abend im Wagnersaale seine Fortsetzung. Herr Dr. Schulte führte seine Ausführungen vom letzten Abend fort und behauptete, daß ohne verzinsliche Anleihe der Staat große Werke, wie es das Walchenseeprojekt wäre, nicht ausführen könne, ferner daß die Kriegsanleihe nur einen Damm bilden sollte gegen die Flut des Papiergeldes, und daß weiterhin das Leihkapital gegenüber dem Industriekapital nicht so schwer ins Gewicht falle. Herr Feder widerlegte diese drei Hauptpunkte und erklärte, daß früher schon große Bauten errichtet worden sind ohne Anleihe des Staates (Kölner Dom usw.), 2. daß die Staatsbank eine Aktiengesellschaft zur Ausbeutung des deutschen Volkes ist und nicht mit der Ausgabe der Kriegsanleihe die Papiergeldflut zurückdämmen wollte, und 3. daß sich das Leihkapital gegenüber dem Industriekapital wie 20 : 1 verhält. Hierauf legte Herr Jaeschmar klar, wie die internationalen Mächte mit dem Großleihkapital eine Einheitsfront bilden, um das deutsche Volk immer mehr zum Zinssklaven zu machen; wie nutzlos es sei, sich mit den Forderungen der Brechung der Zinsknechtschaft an die Behörden zu wenden, wie es Herr Feder öfter getan hat, denn diese haben dafür kein Gehör. Im Gegenteil, sie geben ruhig zu, daß in der Zeit der großen Wohnungsnot immer wieder neue Banken errichtet werden. Als nächste Rednerin führte Frau Moser aus, daß ein Unterschied zwischen Staats- und Privatkapital, indem dem Staat das Zinsengeben verboten, dem Privatmann erlaubt werden soll, nicht gemacht werden darf, denn jeder hat das gleiche Recht. Herr Abgeordneter Gareis sprach hierauf als Vertreter der sozialistischen Partei und erklärte, daß er die Ideen des Herrn Feder nicht bekämpfen will, sondern damit übereinstimme und erwähnte, daß seine Partei schon immer dafür eintrat, aber nichts erreichen konnte. Er weist aber darauf hin, daß sie mit einer scharfen Trennung von Leih- und Industriekapital nicht einverstanden ist, da diese nicht durchführbar ist, weil beide zu eng ineinander verknüpft sind. Nach einer kleinen Pause sprach dann Herr Gendreitzig über den Staatsbankerott, verglichen mit dem Privatbankerott im Anschluß an Feders Schrift „Der Staatsbankerott die Rettung". Er wendet sich gegen das Bestehenbleiben des Industriekapitals, dies ist nach seiner Auffassung unmöglich, denn solange das Kapital besteht, besteht auch der Zins. Als nächster Redner erhielt Herr Kottenbacher das Wort, der für das Kapital und dessen gesunde und nicht ausbeuterische Anwendung eintritt. Hierauf widerlegte Herr Mittlerkurz die Ausführungen des Herrn Gareis mit einem Zeitungsausschnitt aus der Freiheit, betr. Wiedergutmachungsfrage und stellte ihn damit bloß. Ebenso ging als nächster Redner Herr Köhler auf die Wiedergutmachungsfrage ein und betonte weiterhin, daß ein Krieg nicht notwendig gewesen wäre, wenn Deutschland schon zuvor an das internationale Großleihkapital verschachert gewesen wäre. Er legte dann den Unterschied zwischen Leih- und Industriekapital nochmals klar, da dies meist nicht recht verstanden wird und erklärte dann noch, daß das Geld als Unternehmer ausgeschaltet werden muß. Als weiterer Redner folgte nun Herr Landtagsvertreter des Mittelstandes, Dr. Hiller. Er widersprach Herrn Feder in dem Satze „Geld ist Anweisung auf geleistete Arbeit", indem er behauptete, daß Geld auch Anweisung auf zu leistende Arbeit sei. Er behauptet weiterhin, daß die Idee des Herrn Feder international sei und sagt, daß die nationale Idee in den Vordergrund treten muß. Dann sprach endlich als letzter Redner Herr Gab, der mit den Vorschlägen des Herrn Feder einverstanden ist und schon lange in ähnlicher Weise, nämlich gegen den Mammonismus, gekämpft hat. Er weist darauf hin, daß zuerst eine neue Regierung geschaffen werden muß, die nicht vom internationalen Kapital abhängig ist, um zu einem Resultat gelangen. Er gibt dazu noch den Vorschlag, die Idee auf eine breite Basis zu stellen, um mehr Anhänger und Streiter zu gewinnen, indem man den Bund vielleicht den Namen gibt „Kampfbund gegen den Mammonismus im staatlichen und wirtschaftlichen Leben." Nach all diesen Ausführungen sprach Herr Feder das Schlußwort, indem er zusammenfassend auf alle vorgebrachten Angriffe einging und dieselben zurückwies.

Die erste Tagung des Bundes „Saarverein" am 3. April 1921 in Kassel.

(Von unserem dorthin entsandten Berichterstatter.)

Glücklich frohe Stunden für den, dem es möglich war, der Saartagung in Kassel beizuwohnen. Not lehrt beten — aber Not lehrt auch, den Weg zur Volksgemeinschaft zurückzufinden, lehrt Deutsche wieder Schulter an Schulter zu kämpfen gegen gallischen Übermut, gegen französische Unterdrückung für den Erhalt ihrer Eigenart, ihrer Kultur. Und diese Einstellung ließ fruchtbare Arbeit geschehen. Was will der Bund Saarverein? — Vergeßt das treudeutsche Saargebiet nicht! Diese Mahnung will er hinaus rufen in unser Volk, will jenen, die drüben unter den Bajonetten schwarzer Horden schmachten, eine Stütze, ein Halt sein, will für sie, die mundtot gemacht, den Kampf gegen die Lüge Clemenceaus führen, daß das Saargebiet nicht deutsch sei, er will ein Schutzwall sein gegen französische Überfremdungsversuche, er will alle Deutsche sammeln, um bereit zu sein für den Tag, an dem es heißt: Saarland wähle: deutsch oder französisch. Heute schon zählt der Bund 50 Ortsgruppen mit rund 6000 Mitgliedern, außerdem 150 öffentliche Körperschaften (Vereine usw.), 210 Städte, 50 Landkreise und 1500 Einzelmitglieder. Der Vormittag des 3. April führte die Abgesandten fast aller Ortsgruppen (von München war der Hochschulring deutscher Art vertreten) im Saale der Stadthalle zu Kassel, unter dem Vorsitz des Kammergerichtsrats Dr. Hüleisen, zur Entgegennahme des Tätigkeitsberichtes und zur Beratung der Art und Weise der weiteren Arbeit zusammen. Nach gemeinsamem Mittagessen fand dann im großen Saale der Stadthalle eine öffentliche Kundgebung für das Saargebiet statt. Trotz des schönen Sommertages hatten es sich die Bewohner Kassels nicht nehmen lassen zu kommen, um von ihrem Mitfühlen an der Not der Saarbewohner Kunde zu geben. Vertreter aller Parteien nahmen das Wort (ausschl. U.S.P.D. und K.P.D.), für die im Deutschen Hochschulring vereinigte Deutsche und Deutsch-Österreichische Studentenschaft sprach cand. jur. v. Hofacker-Tübingen. Umrahmt wurden die Ansprachen durch Lieder der „Sängervereinigung" der Henschelschen Werke und des Kasseler Liederkranzes.

Aus einer einmütig gefaßten Entschließung, die in alle Welt hinausgehen soll, entnehmen wir nachstehendes: „Noch einmal muß, wie es schon vorher so oft geschah, festgestellt werden: Clemenceau log bewußt, als er den Vertretern jener Völker, die am Friedensdiktat von Versailles beteiligt sind, das Saargebiet als französisches Interessengebiet bezeichnete wegen der angeblich dort seßhaften Franzosen. Im Saargebiet wohnten vor dem Kriege nicht mehr Franzosen als in jedem anderen Gebiet Deutschlands, wo sich einzelne Franzosen aus persönlichen Interessen niederließen. Die gesamte Bevölkerung ist und war von jeher rein deutsch. Die französische Regierung soll jene Adresse mit den angeblichen 150 000 Unterschriften vorlegen, worin diese angeblichen 150 000 Franzosen des Saargebiets den Präsidenten der französischen Republik um Annexion des Saargebiets bitten. Diese angeblichen 150 000 Unterschriften der Franzosen sind eine gemeine Lüge oder eine noch gemeinere Fälschung."

Laßt euch nicht täuschen über die Ruhe, die im Saargebiet herrscht. Ein Terror sondergleichen lastet auf dem Volk an der Saar. Obwohl das Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundes untersteht, herrscht heute noch das französische Militär dort, in Verbindung mit der seelenfängerischen, vor nichts zurückschreckenden französischen Propaganda. Jede Äußerung, die irgendwie diesen beiden über alles Recht sich hinwegsetzenden Gewalten mißfällt, selbst wenn sie im Sinne der Vertragsbestimmungen lautet, wird mit Ausweisung der betreffenden Person bestraft. Rücksichtslos werden auf Grund gemeiner Spitzelberichte und Denunziationen Familienmitglieder auseinandergerissen, Existenzen vernichtet und Freiheit und Recht des einzelnen und der Gesamtheit mit Füßen getreten. Das Volk muß schweigen, will es sich nicht brutaler Gewalt ausliefern.

K—n.

Münchner Nachrichten

— Der Sommerfahrplan für 1921 ist als Entwurf fertiggestellt. Besonders der Schnellzugsverkehr erfährt eine Ausgestaltung, die der der Winterfahrpläne der Vorkriegszeit gleichzustellen ist. Dem schaffenden Volk allerdings ist dadurch nicht viel geholfen, denn sind die Schnellzugsfahrpreise jetzt schon respektabel, die neuen werden unerschwinglich. Es darf erwartet werden, daß wenigstens für den Arbeiter und den Mittelstand, hauptsächlich aber für die erholungssuchenden Großstädter eine dem Verkehr wirklich gewachsene Anzahl von Personenzügen eingelegt wird, wobei es nicht schaden würde, wenn man mit demselben Geiz, mit dem man heute in Bayern bei Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen zu Werke geht, auch die Aufenthaltszeiten unserer bayer. Personenzüge festsetzen würde.

— Mühsam (von Schwabing) braucht Geld. Der Kommunistenführer Erich Mühsam hat beim Münchner Stadtrat einen Schadenersatz von nicht weniger als 26 000 Mark für beschädigtes bezw. vernichtetes Mobiliar beantragt. Bei der Zusammensetzung unseres Stadtparlaments kann man ja wohl erwarten, daß der bescheidene Wunsch des „harmlosen" Proletariers Mühsam erfüllt wird. Aber das eine sollen sich die Stadtväter gesagt sein lassen: Wenn sie in ihrer bekannten Großzügigkeit diese Forderung bewilligen, sollen sie so großzügig sein, und sie auch bezahlen.

— Heimlich, still und leise.... kam die Erhöhung der Trambahnfahrpreise, auf 80 bezw. 100 Pfennig. Na, ja, warum auch nicht. Die Stadträte ham Freikarten, insere lieben Mitbürger vom Stamm der Plattfußjuden können sich eh' mit der Tram nicht abgeben und fahren mit dem Schwaufert und das schaffende Volk, na, das kann ja, anstatt zu fahren, ruhig a amal den leeren Wagerln nachschaug'n, und im übrigen hat ein ordentlicher Stadtrat auch die Pflicht, dem schleppenden Geschäftsgang in den hebräischen Schachläden etwas nachzuhelfen.

Der deutsche Frontkriegerbund. Der Frontkriegerbund hat sich neue Satzungen gegeben. Nach ihnen bezweckt der Bund den Zusammenschluß aller Kriegsteilnehmer, die stolz darauf sind, deutsche Frontsoldaten zu heißen, zum offenen Beweise ihres guten Kriegergewissens, zur Hochhaltung ihres Rufes, zur Hebung ihrer Geltung, zur Wahrung ihrer Interessen (durch Wohlfahrtseinrichtungen usw.) zur gegenseitigen Förderung im Sinne echter Bundesbrüderschaft, zur kriegskameradschaftlichen Geselligkeit, zur Pflege der Erinnerungswerte einer heldenhaften Zeit und zur Sicherung eines ehrenden Begräbnisses. Der Bund ist politisch streng neutral und hält sich von einer politischen Betätigung fern, setzt aber eine gut deutsche Gesinnung bei seinen Mitgliedern als selbstverständlich voraus. — Unseren im Felde gestandenen Parteigenossen und Lesern möchten wir den Beitritt zu dem Bund sehr empfehlen.

— Regimentstag des 1. Chevaulegers-Regiments. Wie wir erfahren, hält die Vereinigung der Offiziere, Beamten, Unteroffiziere und Mannschaften des ehemaligen 1. Chevaulegers-Regiments am 11. und 12. Juni 1921 im Kulturverein in Nürnberg einen Regimentstag mit Angehörigen ab, zu dem sämtliche früheren, im Krieg oder Frieden jemals dem Regiment angehörenden Kameraden zur Teilnahme aufgefordert werden. Alle Einzelheiten sind zu erfragen bei Herrn Johann Kaul, Nürnberg, Flaschenhofstraße 37/I, an den auch alle Meldungen mit genauer Anschrift und Eskadronnummer erbeten werden.

Wer sein

BESITZTUM

sei es auf dem Lande oder in der Stadt, ganz gleich welcher Art und Größe, rasch, vorteilhaft und verschwiegen verkaufen will, wende sich in seinem eigensten Interesse an die altbekannte

Immobilien-Verwertungs-Gesellschaft

FISCHLER & CO

München, Prielmayerstr. 16, Tel. 51819

Mäßige Bedingungen. Durchgreifende Behandlung eines jeden Verkaufsauftrages. Höchste Preiserfolge! Geschulter Beamtenstab! Tätig sofort kostenlos allerorts i. ganz Deutschland. Prospekt m. Angabe v. Referenz. sofort gratis!